Nr. 135 — Jahrgang 17 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Dienstag, den 16. Juni 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen :—: tarifliche Ermäßigung. :—:

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 6. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Warschau mit Deutschland unzufrieden

Die deutsche Antwort auf die Stahlhelmnote — Der polnische Protest zurückgewiesen — Deutschland will die innere Lage „vertuschen“ — Polen ist nicht aggressiv — Eine Anfrage an Dr. Curtius

Berlin. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist am Sonnabend die deutsche Antwort auf die polnische Beschwerdenote wegen der Stahlhelmtagung in Breslau überreicht worden.

*

Warschau. In einer Meldung aus Berlin veröffentlicht das Regierungsblatt „Gazeta Polska“ eine kurze Inhaltsangabe über die deutsche Antwort auf die polnische Beschwerdenote wegen des Stahlhelmtages. Nach dem genannten Blatt heißt in der Note, die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß der Stahlhelm eine Organisation privaten Charakters sei. Die Reichsregierung verwahre sich gegen die Einmischung eines fremden Staates in das Verhältnis der deutschen Regierung zu Organisationen solcher Art. Die deutsche Note stelle im übrigen die Breslauer Kundgebung der polnischen Nationalfeier vom 3. Mai in Kattowitz gegenüber. Die „Gazeta Polska“ macht sich darüber lustig, daß der Stahlhelm als Privatorganisation bezeichnet werde, obwohl die Satzungen, die Presseerklärungen und seine Manöver dauernd den „frontmäßig-deutschen“ Charakter dieser Organisation hervorheben. Die Erklärungen Curtius müßten, da die Reichsregierung der innerpolitischen Lage entweder nicht Herr werden wolle oder könne, als wertlos betrachtet werden. Zum Beweis, daß der Stahlhelm eine Kampforganisation sei, zitiert das Blatt eine Erklärung des früheren preußischen Innenministers Grzezinski im Preußischen Landtag vom 16. Oktober 1929. Den Vergleich des Stahlhelmtages mit der Aufständischenfeier in Kattowitz lehnt das Blatt mit der Begründung ab, daß es sich in Kattowitz um die Feier eines Nationaltages ohne irgendwelche agressiven Ausfälle gegen Deutschland gehandelt habe. Der Stahlhelm aber habe dagegen einen aggressiven Charakter gehabt und sei gegen den Bestand des polnischen und anderer Staaten gerichtet gewesen.

Aehnliche inspirierte Erläuterungen bringen auch andere Regierungsblätter.



Litauens Gesandter verläßt Berlin

Der litauische Gesandte in Berlin, Venceslas Sidzikauskas, tritt von seinem Berliner Posten zurück und wird die Leitung der Londoner Gesandtschaft übernehmen.

An der Grenze

Die Verhandlungen über die Notverordnung.

Von Rudolf Breitscheid.

Die Entschließung, in der die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Beratungen am Freitag ausklingen ließ, ergab sich zwangsläufig aus der politischen Situation. Seit Donnerstag abend stehen die Vertreter der Fraktion mit dem Reichskanzler in Verhandlungen über die Möglichkeit der Abänderung wesentlicher Bestimmungen der Notverordnung. Es ließ sich am Freitag, und es läßt sich heute noch nicht übersehen, ob die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Man kann in dieser Beziehung sogar außerordentlich skeptisch sein. Aber nachdem sie einmal aufgenommen waren, konnten sie nicht durch den Beschluß, einer Einberufung des Reichstag zuzustimmen, unterbrochen werden.

Die Gegner rechts und links werden es der Sozialdemokratie zum Vorwurf machen, daß sie nicht ohne weiteres die Aufhebung der Verordnung verlangt habe, der Notverodnung, deren Grundcharakter sie doch scharf verurteilt und deren Bestimmungen sie fast ohne Ausnahme für unheilvoll erklärt. Aber die Fraktion hatte sich die Frage vorzulegen, was eine solche Aufhebung im gegenwärtigen oder in einem späteren Zeitpunkt bedeutet. Sie hätte sicher nicht die Folge, daß nach dem unvermeidlichen Sturz des Kabinetts Brüning ein anderes kommen würde, das das Gesamtdefizit von 2,4 Milliarden in einer für die Arbeiterklasse erträglicheren Weise zu decken suchte. Gewiß trüge die Sozialdemokratie dann nicht mehr die unmittelbare Mitverantwortung für die Lasten, die dem Volke auferlegt werden, und diese Erwägung kann sehr wohl in den nächsten Tagen zu einer Veränderung der bisherigen Taktik führen. Aber die Lasten selbst würden auf diese Weise nicht verringert werden, und solange also auch nur eine entfernte Aussicht besteht, das was uns jetzt zugemutet wird, auf dem Wege von Verhandlungen in unserem Sinne zu beeinflussen und zu verändern, dürfen wir diesen Weg nicht verlassen. Erst wenn sich herausstellt, daß alle Bemühungen vergeblich sind, oder daß die Härten, die beseitigt werden können, gegenüber denen, die noch bleiben, nicht ins Gewicht fallen, ist der Augenblick gekommen, über das Abweichen von der Linie, die wir seit dem September vorigen Jahres innegehalten haben, zu diskutieren und zu beschließen.

Die Sozialdemokratie lehnt es ab, in der Krisenmacherei mit der Deutschen Volkspartei in Konkurrenz zu treten. Die Frivolität dieser Gruppe, deren politische Anmaßung im umgekehrten Verhältnis zu ihrer politischen und parlamentarischen Bedeutung steht, hat keine Grenzen. Sie hat die Einberufung des Reichstags nicht etwa gefordert, weil sie ernsthafter- und ehrlicherweise die Notverordnung als unerträglich für sich und ihre kapitalistischen Anhänger erachtet. Sie will den Konflikt, weil sie glaubt, daß aus ihm eine Situation entstehen werde, in der sich das industrielle Großkapital zum unbeschränkten Herrscher über die deutschen Geschicke aufschwingen könne. Daß sie sich über diese Möglichkeiten und besonders über die Dauer einer solchen kapitalistischen Diktatur schweren Täuschungen hingibt, ist eine Sache für sich. Aber um eines vermuteten Augenblickserfolgs willen setzt die Deutsche Volkspartei, die sich doch so gern als eigentliche Vertreterin der Interessen der Wirtschaft aufspielt, gerade diese Wirtschaft aufs Spiel. Sie kennt genau so gut wie wir oder noch besser die Lage am Geldmarkt. Sie weiß, wieviel ungezählte Millionen die Reichsbank in den letzten Tagen hat abgeben müssen. Sie macht sich nicht das geringste Gewissen daraus, die herrschende Panik noch zu steigern, und sie geht auch leichten Herzens darüber hinweg, daß eine Rechtsregierung, der sie die Bahn bereitet, die Aussichten auf eine Revision des Young-Planes, auf eine Erleichterung unserer ausländischen Zahlungsverpflichtungen vollständig versperren würde. Niemand wird erwarten, daß die Sozialdemokratie dieses verbrecherische Hasardspiel mitspielen werde.

Vielleicht werden die „Staatsmänner“ um Herrn Dingeldey sich bis Montag oder Dienstag eines anderen besinnen. Man hört ja, daß der Reichsbankpräsident Luther und der Reichsaußenminister Curtius, die beide an ihren Parteifreunden ebensoviel Freude erleben wie seinerzeit Gustav Stresemann, bei den Verstockten und Verbohrten alle Hebel ansetzen, um ihnen die Unvernunft ihres Handelns gerade vom kapitalistischen Standpunkt aus klar zu machen.

Tagung des Parteivorstandes der DSAP.

Vorwärts im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse

Lodz. Die Mitglieder des Parteivorstandes versammelten sich am Sonntag in Lodz zusammen, um zur Taktik der Partei in dieser Krisenzeit Stellung zu nehmen. Nach einem umfassenden Referat des Gen. Kronig, wurde in der Diskussion einmütig festgestellt, daß der ganze Kampf der D. S. A. P. auf die sozialistische Aufklärung und Eroberung der politischen Macht konzentriert sein müsse. An der Debatte beteiligten sich Gen. Dr. Glücksmann, Kowoll, Koziolek, Kuk und Zerbe. Von der Veröffentlichung einer Resolution wurde Abstand genommen, doch wurden bei den Verhandlungen Wünsche geäußert, über die Politik der Sozialistischen Arbeiterinternationale und die Frage der Zusammenarbeit mit allen Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Die D. S. A. P. findet die Fortsetzung der Centrolewpolitik untragbar mit ihren Zielen und will mit allen sozialistischen Parteien eine engere Zusammenarbeit, zu welchem Zweck besondere Konferenzen stattfinden werden. Der Schulfrage wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet, in dieser Angelegenheit soll ein offizieller Schritt bei der Warschauer Regierung unternommen werden. Zum internationalen Sozialistenkongreß nach Wien entsendet die Partei folgende Delegierten. Gen. Kowoll als Mitglied der S. A. J.-Exekutive, Gen. Kronig und Kuk für den Lodzer Bezirk, Gen. Peschka, Kosmalla und Genossin Kowoll für den oberschlesischen Bezirk, Gen. Dr. Glücksmann für den Bielitzer Bezirk. Nach Erledigung einiger Organisationsfragen, wurde beschlossen, über die Taktik der Partei eine besondere Diskussion in der Presse aufzunehmen.

Nach der Tagung waren die Parteivorstandsmitglieder Gäste der deutschen Abteilung im Textilarbeiterverband, welche ein Gartenfest veranstaltete und bei welchem das deutsche Streben nach Erhaltung nationaler und kultureller Werte der deutschen Werktätigen zum Ausdruck kam. Hier sprachen die Genossen Zerbe und Kowoll über die Aufgaben, die gerade der deutschen Arbeiterklasse in Polen zukommen und ermahnten die Anwesenden zum Ausharren, denn auch diese Krise werde vorbeigehen und das Proletariat geeinigt aus diesem Kampfe hervorgehen.

Genosse Zerbe freigesprochen

Lodz. In der Berufungsinstanz des Lodzer Bezirksgerichts kam am Freitag die Verurteilung des ehemaligen Abgeordneten unserer Partei, Genossen Emil Zerbe erneut zur Verhandlung. Gen. Zerbe ist anläßlich eines Zwischenfalls am Vereinigungsparteitag in Lodz mit der Polizei zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt worden. Das oberste Gericht in Warschau hat auf Kassationsantrag den Prozeß erneut nach Lodz verwiesen. Nach längeren Verhandlungen wurde nunmehr Gen. Emil Zerbe freigesprochen. Der Prozeß fand seinerzeit während der Wahlen zum Sejm und Senat statt und zeigte das Bild einer Situation, die darauf berechnet war, den Gen. Zerbe als staatsfeindlich hinzustellen. Nunmehr hat das Lodzer Bezirksgericht das erstinstanzliche Urteil revidiert und auf Freispruch erkannt.

Offene französische Schadenfreude

Paris. Auf ein deutlich erkennbares Kommando wird in allen Leitartikeln der großen Pariser Blätter behauptet, daß die Reichsregierung die „Folgen ihrer Offensive gegen ihre nationalen Verpflichtungen und gegen die Friedensverträge“ nun zu spüren bekomme. Pertinax wendet sich offen gegen den Rat des Gouverneurs der Bank von England, Deutschland in seiner Not zu helfen. „Wenn die Berliner Regierung“, schreibt er, „wirklich friedliche Absichten gezeigt hätte, hätten sie auch die kurzfristigen Kredite von selbst in langfristige verwandelt. Deutschland jetzt zu unterstützen, würde bedeuten, die alldeutsche Bewegung künstlich zu nähren und Frankreich allen Erpressungen auszusetzen.

Die spanischen Anleiheverhandlungen

Paris. Nach einer Madrider Meldung soll die Anleihe, die die spanische Regierung mit Frankreich aufzunehmen gedenkt und über dies der Gouverneur der Bank von Spanien in Paris mit der Bank von Frankreich verhandeln, 350 Millionen Goldpeseten betragen.

Vielleicht wird sich die knappe Mehrheit vom Donnerstag bis zu der Stunde, in der im Aeltestenrat die Entscheidung fällt, in eine Minderheit verwandelt haben. Aber das kann natürlich nichts an dem Urteil über die Partei ändern, die wie keine andere ihren Untergang verdient hat.

Die Haltung der Sozialdemokratie — das muß ausdrücklich festgestellt werden — wird nicht durch Rücksichten auf den volksparteilichen Wahnwitz von heute oder ihre zu erwartende bessere Erkenntnis von morgen bestimmt. Wir beobachten nur aufmerksam die Manöver unserer Gegner und bemühen uns, ihnen nicht in die Hände zu arbeiten. Leiten lassen wir uns ausschließlich von den Interessen der Arbeiterklasse, den gegenwärtigen wie den zukünftigen. Und daraus ergibt sich, daß wir in dem Kampf um die Abwehr einer irgendwie gearteten Diktatur bis zur äußerst denkbaren Grenze gehen müssen. Wir wollen nicht den Vorwurf des jetzigen Geschlechts und derer, die ihm folgen, auf uns laden, daß wir irgend etwas versäumt hätten, was der Abwehr des Faschismus dienen konnte, und daß uns in diesem kritischen Moment die Herrschaft über unsere Nerven verloren gegangen sei.

Der Regierung indessen und den bürgerlichen Parteien sei mit aller Deutlichkeit gesagt, daß wir unmittelbar vor der Grenze stehen, bis zu der wir gehen können, und daß es daher notwendig ist, den Forderungen, die wir in bezug auf die Notverordnung an sie richten, Entgegenkommen zu zeigen. Damit werden wir wahrscheinlich bei der Deutschen Volkspartei keinen Eindruck machen. Aber wir erwarten, daß die anderen, und namentlich das Zentrum ein Verständnis für die Bedeutung eines Abschwenkens der Sozialdemokratie aufbringen. Wir wissen sehr genau, welche Folgen ein Umlegen unseres Steuers für das Land und nicht zuletzt für das Proletariat nach sich ziehen kann. Wir gehen an die Dinge mit dem größten Ernst und mit vollem Verantwortungsbewußtsein heran. Aber wir sehen auf der anderen Seite auch, welches Unheil durch die Durchführung der Notverordnung, wie sie ist, heraufbeschworen werden würde, und wir legen all denen, die eine Politik der Vernunft treiben wollen, die Frage vor, ob sie sich imstande glauben, das Staatsschiff durch die Wogen eines von ihnen selbst erregten Radikalismus der Massen hindurchzusteuern. Regierung und bürgerliche Parteien stehen genau so vor einer Grenze wie wir. Ebenso wie uns liegt ihnen die Pflicht des Nachdenkens und der gewissenhaften Prüfung ob. Versäumen sie sie, so nehmen sie eine Schuld auf sich, die nicht gebüßt werden kann.

Die amerikanische Politik in der Schuldenfrage

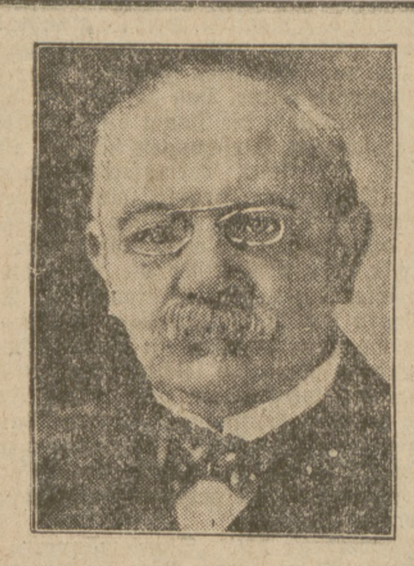
Washington. Unterstaatssekretär Castle erklärte in der Pressekonferenz, ihm sei von dem aus Paris gemeldeten angeblich deutschen Plan einer Herabsetzung des Zinsendienstes der internationlen Schulden auf Kosten Amerikas, der Macdonald in Chequers von Brüning unterbreitet worden sein soll, nichts bekannt, und er glaube, daß die Meldung als Versuchsballon gewisser französischer Publizisten zu betrachten und nicht auf irgendwelche maßgebenden Stellen zurückzuführen sei. Seiner Kenntnis nach seien in Chequers keine konkreten Pläne erörtert worden. Erneute Anfragen nach der amerikanischen Politik in der Schuldenfrage beantwortete Unterstaatssekretär Castle dahin, daß die amerikanische Auffassung von der Trennung der Reparationen und Kriegsschulden bekannt sei. Dies bedeute jedoch kein starres Festhalten an einer These. Die Regierung behalte sich vielmehr stets ihre Entschlußfreiheit vor und studiere diesen Fragenkomplex sehr sorgfältig, um, „falls eine ernste Krise eintritt, in Erwägung darüber einzutreten, ob eine vorübergehende Aenderung der hiesigen Politik erforderlich ist.“ Gegenwärtig gebe es eine solche Krise noch nicht, und die bisherige Politik der Vereinigten Staaten habe sich nicht geändert. Castle gab zu, daß zwischen dem Staatsdepartement und dem Schatzamt Konferenzen über die Schuldenfrage stattfinden, damit im Falle einer Krisis dem Präsidenten ein einheitliches Gutachten über die Lage vorgelegt werden könne.

Wilkins „Nautilus“ in ernster Bedrängnis

Neuyork. Einem Funkspruch vom Passagierdampfer „Präsident Roosevelt“ zufolge, befindet sich Wilkins „Nautilus“ in ernsten Schwierigkeiten. Das U-Boot gab an, daß lediglich die Backbordmaschine läuft, während die Steuerbord-Heckmotoren anscheinend schwer beschädigt sind. Ein amerikanischer Tankdampfer hält sich bereit, das U-Boot nötigenfalls ins Schlepptau zu nehmen. Auch die „Mauretania“ hat ihre Hilfe angeboten. Das U-Boot befand sich um 9 Uhr M. E. Z. auf 46,12 Nord und 31,40 West.

Einer letzten Meldung zufolge, sind die Maschinen der Nautilus inzwischen vollständig zum Stillstand gekommen, so daß sie geschleppt werden muß.

Das Washingtoner Marineamt gibt bekannt, daß der Schlachtkreuzer „Wyoming“ den Nautilus ins Schlepptau nehmen wird, sobald der Seegang nachgelassen hat.



Jules Cambon schwer erkrankt

Der ehemalige französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, hat einen Schlaganfall erlitten; sein Zustand ist äußerst kritisch. Cambon steht im Alter von 86 Jahren; er war von 1907 bis Kriegsausbruch Botschafter in Berlin.

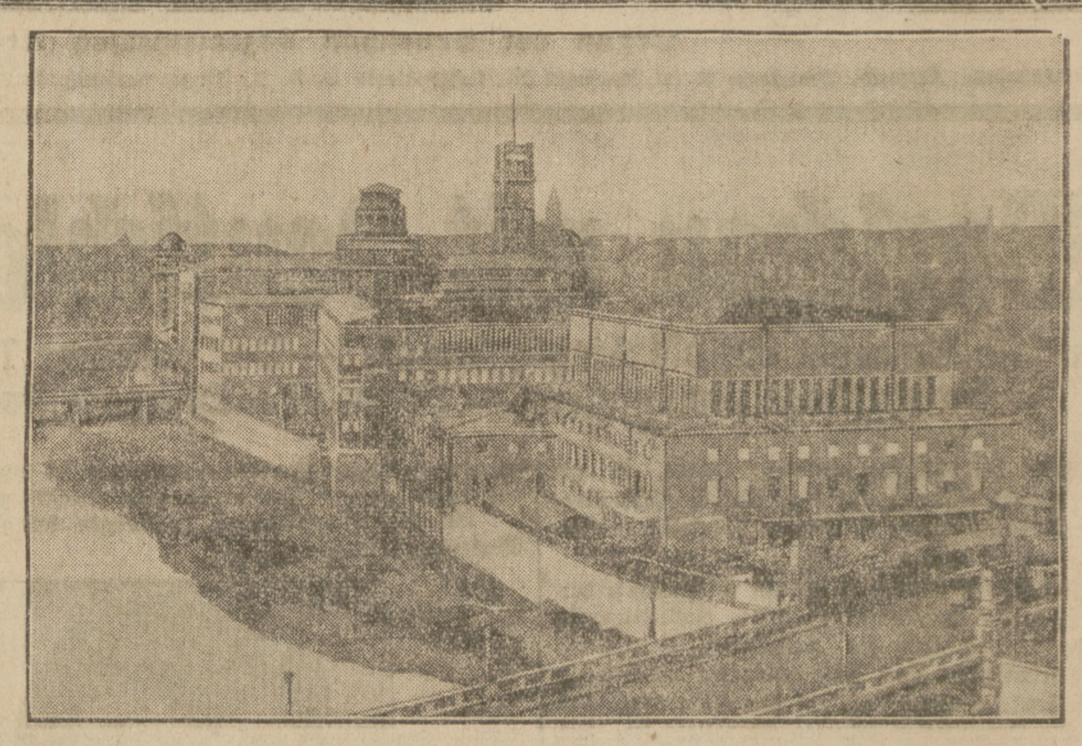
Löbe über Deutschland und Oesterreich

Das Ziel der Anschlußbewegung — Die Zollunion wird kommen
Die Krise der Kulturwelt — Um das Selbstbestimmungsrecht

Gleiwitz. Auf der Vertretertagung des Oesterreichisch-deutschen Volksbundes, die am Sonntag in Gleiwitz stattfand, erklärte Reichstagspräsident Löbe in einer Ansprache u. a., der Volksbund begrüße die Zollunion und werde alles tun, um diese Frage im Haag und später in Genf einer günstigen Erledigung entgegen zu führen. Der Volksbund erstrebe aber wesentlich mehr, als die Zollunion, nämlich die politische Einheit Oesterreichs und Deutschlands.

Für die nächste Zeit kündigte Löbe eine besondere Aktion des Volksbundes mit dem Ziele an, den 200 000 in Deutschland lebenden Oesterreichern volle Gleichberechtigung zu geben. Ferner werde der Volksbund demnächst im Reichstag einen Initiativantrag einbringen, der den Oesterreichern in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht auf Grund eines Staatsvertrages beider Länder sichern solle.

Auf einer großen öffentlichen Kundgebung, die auf dem Gleiwitzer Ring stattfand, ergriff Reichstagspräsident Löbe erneut das Wort. Er wies auf die schwere Krise in der ganzen kultivierten Welt hin und erklärte u. a., einer der Wege, diese Krise zu überwinden, sei der Plan der Zollunion. Dieser Plan habe Widerstand auch bei solchen Staaten gefunden, die sich noch immer nicht daran gewöhnen könnten, dem deutschen Volke Gleichberechtigung zu gestatten, die man heute dem kleinsten Volk in Europa nicht mehr versage. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker gestatte uns nicht nur die Durchführung der Zollunion, sondern es müsse uns auch die Errichtung unseres weitergehenden Zieles, der politischen Vereinigung, ermöglichen. Europa könne nicht im Frieden leben, solange gleiches Recht nicht auch dem deutschen Volke gegeben werde. Löbe schloß mit einem Hoch auf die große deutsche Republik der Zukunft.



Die endgültige Stätte der Glaspalast-Ersatzausstellung

ist jetzt vom Bayrischen Kultusministerium und den drei großen Verbänden der Münchener Künstlerschaft beschlossen worden: das Bibliotheksgebäude des Deutschen Museums (im Vordergrund) in München wird die neue Kunstausstellung in seinen Räumen aufnehmen.

Vertrauen zu Brüning?

Der Reichskanzler vor der Zentrumstagung — Gegen Reichstagseinberufung und Kabinettsumbildung
Auch das Zentrum übt Kritik an der Notverordnung — Vertrauenskundgebung für den Kanzler

Hildesheim. Wie hat Reichskanzler Dr. Brüning am Sonntag in der vertraulichen Besprechung des Reichsparteivorstandes und der Reichstagsfraktion des Zentrums in längerer Rede die außen- und innerpolitische Lage erörtert. Die Reparationsfrage ist, nach den Erklärungen des Kanzlers, in den Besprechungen von Chequers in Fluß gekommen. Der Einberufung des Reichstages und auch einer Umbildung der Regierung widersetzt sich der Kanzler nach wie vor mit Entschiedenheit. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald ergänzte die Ausführungen des Kanzlers in Bezug auf die Notverordnung. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß die Reichsregierung im Augenblick nur eine Abänderung der Notverordnung ablehnt, daß sie aber zu Verhandlungen über spätere Erleichterungen bereit ist. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr lebhaft. Aus der Versammlung heraus wurde scharfe Kritik an der Notverordnung geübt.

Reichskanzler Brüning hat am Nachmittag die Rückreise nach Berlin angetreten.

In einer der Presse übergebenen Mitteilung heißt es, die Beratungen waren getragen von der Einsicht in den Ernst der Lage und dem Bewußtsein der Verantwortung für die Entscheidungen, die in den nächsten Tagen zu treffen sind. Der Reichskanzler fand für seine Politik volles Verständnis und einmütige Anerkennung. Für die unmittelbar bevorstehenden Entscheidungen und für die schweren Aufgaben der kommenden Monate brachte die Tagung dem Reichskanzler uneingeschränktes Vertrauen entgegen. Die einmütige Auffassung der Reichstagsfraktion und des Reichsparteivorstandes wurde in folgender Entschließung festgelegt, die sich auf den Boden der Reichspolitik stellt.

Der Christlich-Soziale Volksdienst zur politischen Lage

Karlsruhe. Reichstagsabgeordneter Simpfendörfer sprach am Sonntag auf der badischen Landestagung des Christlich-Sozialen Volksdienstes in Karlsruhe über die politische Lage. Der Volksdienst sei von der Notwendigkeit baldiger personeller Veränderungen im Reichskabinett überzeugt. Insbesondere halte er Dr. Curtius nach wie vor für ungeeignet für die Führung des Revisionskampfes. Er müsse dem Reichskanzler die volle und alleinige Verantwortung dafür zuschieben, daß er in diesem Augenblick einen Außenminister noch halte, der in Deutschland auch seine eigene Partei nicht mehr hinter sich habe. Trotzdem könne sich der Volksdienst nur schwer mit dem Gedanken der sofortigen Einberufung des Reichstages vertraut machen, weil auch davon niemand in Deutschland anderes als Verwirrung und Schädigung der Landesinteressen erwarten könne.

Petroleumbrand

New York. In den Dockanlagen der Shell Petroleum Commpany Sewaren im Staate Newjersey trat Sonntag ein Brand aus, der einen gewaltigen Umfang annahm. Drei Personen werden vermißt. Der Schaden wird auf eine halbe Million Dollar geschätzt.

Der Kampf um Briand

Paris. Die Tatsache, daß das Kabinett Laval unverändert mit Aristide Briand als Außenminister im Amte bleibt, dürfte am Dienstag, wenn das Kabinett vor das Parlament tritt, nach Verlesung der Botschaft, der neue Präsident, in der Kammer zu einer Auseinandersetzung Anlaß geben. Wie berichtet wird, will der Abg. Bouillon den Ministerpräsidenten über die Zusammensetzung der Regierung, d. h. über die Beibehaltung Briands appellieren, und auch der Abg. Louis Marin wird eine große Anfrage, an die Regierung stellen. Beide Gegner sollen noch gestern Ministerpräsident Laval dringend ersucht haben, seinen Außenminister fallen zu lassen, und Louis Marin soll sogar gedroht haben, daß er und ein großer Teil seiner Freunde gegen die Regierung stimmen würden.

Blutige Streikunruhen in Roubaix

Roubaix. Roubaix war diese Nacht der Schauplatz neuer blutiger Zwischenfälle zwischen kommunistischen Textilarbeitern und dem starken Polizeiaufgebot. Die durch den Streik geschaffene Lage hat eine Reihe von Fabrikstillegungen veranlaßt, die von der vom Arbeitgeberverband eingenommene unnachgiebige Haltung in der Lohnfrage abhängt. 52 Werke wollen die geplante Lohnherabsetzung von 3 Prozent erst im September vornehmen und haben beschlossen sobald wie möglich wieder zu arbeiten.



Der neue Präsident des französischen Senats

Senator Lebrun, der als Nachfolger Doumers zum Präsidenten der Ersten Kammer des französischen Parlaments gewählt wurde. Lebruns Wahl bedeutet einen Sieg der von Poincaree beeinflußten Rechten.

Polnisch-Schlesien

„Świadectwo moralności“

Früher haben wir solche „Swiadectwo moralnosci“ in Oberschlesien nicht gekannt, desgleichen wußten wir auch gar nicht von einer „Ksienga dusz“ und sind groß und alt geworden. Heute müssen wir uns mit diesen Dingen herumplagen und dabei ärgern, daß einem die Galle zum Halse herauskommt. „Swiadectwo moralnosci“, das ist eine alte österreichische Ueberlieferung aus der Maria Theresia-Zeit. Man nannte das in Oesterreich „Sittenzeugnis“. Gewiß hatten wir auch in Deutschland ein „Sittenzeugnis“ gehabt, aber man nannte das „Führungszeugnis“ oder „Strafregister“. Das war aber ein Geheimnis für den Bürger gewesen, daß nur den Gerichten und den Polizeibehörden zugänglich war. Heute müssen wir das bei jeder Gelegenheit beschaffen und die Stempelmarken dafür bezahlen. Irgend ein gewesener k. u. k.-Beamter hat diese Unsitte bei uns eingeführt und jetzt haben wir das Sittenzeugnis da, dem wir jeden Augenblick nachlaufen müssen.

„Ksienga dusz“ ist wieder eine russische Erfindung, die man in Mitteleuropa überhaupt nicht kannte. Wir hatten in Deutschland die Standesämter, die zweifellos viel verläßlicher sind als eine kleine Heimatgemeinde. In den Großstädten mag das vielleicht gehen, weil dort der Magistrat über verläßliche Kräfte verfügt, die die Gewähr bieten, die „Ksienga dusz“ gut zu führen, aber in den kleinen Gemeinden, besonders in den östlichen Gebieten besteht diese Gewähr nicht. Unsere Standesämter sind ganz zuverlässig. Was sie in das Standesregister eintragen, da kann die Hand ins Feuer gelegt werden, daß die Sache stimmt. Wozu brauchen wir dann noch extra eine „Ksienga dusz“ wenn alle Daten, die sich auf die Geburt, Heirat und Tod des Menschen beziehen, in dem Standesregister stehen? Wozu diese doppelte Schmiererei und doppelte Lauferei? Haben wir denn wirklich zu viel Geld, um zwei Standesregister für einen jeden Menschen zu führen? Um solche „Ksienga dusz“ führen zu können, brauchen wir einen Riesenapparat im Staate, der bezahlt werden muß. Es sei denn, daß wir neue Stellen schaffen wollen, um die arbeitslosen Angestellten zu beschäftigen. Ein ehemaliger russischer „Czynownik“, der eine Referentenstelle im Ministerium oder irgendwo bekleidet, ist auf den Gedanken gekommen, daß eine „Ksienga dusz“ unbedingt notwendig ist und wir stehen machtlos diesem „erfinderischen Geist“ gegenüber. Werden wir künftighin von der Behörde was brauchen, da kann die Lauferei losgehen, vom Standesamt auf die Geburtsgemeinde und das Meldeamt und zurück und werden die Stempelmarken kleben.

Wir haben schon öfters an dieser Stelle über die praktische Auswirkung einer solchen Einrichtung berichtet. Heute wollen wir über einen neuen Fall berichten, über welchen sich der „Blagierek“ aufregt, der aber sonst für die Bürokratisierung des Lebens viel Verständnis zeigt, sobald das nach dem österreichischen Muster geschieht.

Ein Gymnasiast will als Freiwilliger in die Armee eintreten. Er hat das Gymnasium in Krakau beendet und hat das Reifezeugnis in der Hand. Das genügt aber nicht für die Militärverwaltung, sie will das „Sittenzeugnis“ sehen. Der Jüngling läuft auf die Polizeidirektion, versorgt sich mit Stempelmarken und ersucht um „Swiadectwo moralnosci“. Das geht aber nicht so leicht, wie er sich das vorgestellt hat. Er ist in Nowy Soncz geboren worden und obwohl seine Eltern, kurz nach seiner Geburt ausgezogen sind, muß die Polizei in Nowy Soncz bestätigen, das der Säugling sich in Nowy Soncz gut geführt hat. Wer weiß, ob er die Mutter nicht etwa in die Brust gebissen hat. Die Bestätigung, die der Jüngling vom Meldeamt beigebracht, daß er die Kindheit in Krakau verlebt und daß er dort die Schule besucht hat, nutzte nichts. Die Sache mußte nach Nowy Soncz überwiesen werden, damit die dortige Polizei bestätige, daß der Säugling sich gut geführt hat. Freilich dauert dann die Sache zwei Monate lang, wenn nur nicht länger, bis aus der Heimatgemeinde dieBestätigung eintrifft. So wird es überall gemacht, weil die Vorschriften so lauten. Das wissen wir hier in der Wojewodschaft am besten, wenn wir die Zuständigkeitsbestätigung gebrauchen. Bei den letzten Sejmwahlen haben Sanatoren die Staatszugehörigkeit der deutschen Arbeiter angefochten und die Arbeiter waren genötigt, die Bestätigung über die polnische Staatszugehörigkeit beizubringen, wenn sie das Wahlrecht nicht verlieren wollten. Das war aber nicht so einfach und dadurch ist der Wahlrechtsraub zum guten Teil gelungen.

Arbeiterfreundlichkeit?

In einem Bericht der „Polonia“ über die Tagung der Kommunalvertreter bezüglich der Arbeitslosenfürsorge heißt es, daß der Korfantyklub und die N. P. R. einen Schritt beim Marschall unternommen haben, worin eine Budgetsitzung gefordert wird, die nachprüfen soll, woher Mittel für die dauernde Unterstützung der Arbeitslosen geschaffen werden. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß auch hier die Einsicht marschiert, daß den Arbeitslosen geholfen werden muß. Solche Anträge haben die Sozialisten und ihre Fraktion wiederholt gestellt. Man braucht auch heute nicht nach Mitteln zu suchen, wie den Arbeitslosen geholfen werden soll, sondern man braucht nur auf das sozialistische Projekt zu dieser Frage zurückgreifen, welches sich auf dem Arbeitslosengesetz aufbaut und für alle Unterstützung fordert, solange man ihnen keine Arbeit zuweisen kann. Während der Budgetdebatte hat man dieses Projekt zurückgestellt, weil angeblich kein Geld vorhanden ist. Da mit den Arbeitslosen die Fragen sehr ernst werden, will man endlich eintreten und muß zwangsläufig auf das sozialistische Projekt zurückkommen.

Vor der Plenarsitzung des Sejms

Für den kommenden Mittwoch wurde eine Plenarsitzung des Schlesischen Sejms, um 3 Uhr nachmittags mit einer umfangreichen Tagesordnung festgesetzt.

Gerichtsferien in Kattowitz

In der Zeit vom 15. Juni bis einschließlich zum 15. September finden beim Kattowitzer Land- und Kreisgericht die diesjährigen Sommerferien statt. In dieser Zeit werden nur dreimal in der Woche Strafprozesse zur Verhandlung kommen.

Konferenz der Gewerkschaften in Warschau

Um die Regelung der Akkordlöhne — Die drückende Notlage der polnisch-schlesischen Arbeiterschaft Pläne zur Arbeitsbeschaffung — Eine Kommission des Arbeitsministeriums — Neue Aufträge für Polnisch-Schlesien? — Hoffentlich werden den Worten die Taten folgen!

Noch am Donnerstag wurden die Gewerkschaften der Metallarbeiter durch den Demobilmachungskommissar zu einer wichtigen Konferenz für Freitag nach Warschau geladen. Als Delegierte der Metallarbeiterorganisationen fungierten die Kollegen Buchwald, Kubik, Muschol, Bajdur, außerdem war Kollege Piontek von der Zentrale des polnischen Metallarbeiter-Verbandes in Warschau anwesend. Die eigentlichen Gründe der Konferenz lagen in der noch bestehenden Streitfrage, die bisher zwischen Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften der Metallarbeiter nicht geregelt ist. Das ist die Frage der Regelung der Akkorde. Bekanntlich beabsichtigen die Arbeitgeber, einen starken Lohnabstrich vorzunehmen. In den letzten Tagen haben die Arbeitgeber sogar geplant, durch Bekanntmachungen in den einzelnen Werken, eine bis zu 30 Prozent starke Akkordkürzung vorzunehmen. Die Konferenz mit der Regierung in Warschau war demnach notwendig, um über Wege, zur Beilegung des Streitfalles, zu beraten. Ferner waren die Gewerkschaften nach Warschau gefahren, um der Regierung die Notlage des polnisch-oberschlesischen Arbeitslosen und Kurzarbeiters vorzutragen, dabei zu verlangen, daß das alte Verhältnis in der Betreuung verbleibt. Als 3. Punkt hatten die Gewerkschaften die Arbeitsbeschaffung für Polnisch-Oberschlesien dem Ministerium vorzutragen.

Nach ausgiebiger Verhandlung über den Aufbau der Akkorde und über ihre eingetretene Höhe, wurde vom Oberarbeitsinspektor Klott den Gewerkschaften mitgeteilt, daß im Laufe der Woche, vom 15.—21. 6.,

eine Kommission vom Arbeitsministerium

diese Akkordverhältnisse in den Eisenhütten prüfen wird, und nach zusammengefaßtem Bericht dieser Kommission, wird die Regierung nochmals dazu Stellung nehmen. Bei dieser Gelegenheit dürfte hingewiesen werden, daß die Betriebsräte auf den einzelnen Werken, falls die Kommission im Werk erscheint, verpflichtet sind, objektiven und klaren Bericht dieser Kommission zu geben.

Die Gewerkschaftsvertreter hatten um eine Konferenz mit dem Arbeitsminister ersucht. Nachdem der Herr Arbeitsminister wegen Fülle an Arbeit und wegen der am Nachmittag stattfindenden Sitzung des gesamten Ministeriums, die Gewerkschaftsführer nicht empfangen konnte, wurde der Arbeitsinspektor Klott beauftragt, die Konferenz weiter fortzusetzen. Die Gewerkschaftsführer legten nunmehr dem Arbeitsministerium

die Notlage des oberschlesischen Arbeiters

vor. Dabei legten sie dem Ministerium klar, daß die von der Regierung beschlossene Arbeitslosenunterstützung, sowie die Streichung der Kurzarbeiterunterstützung, in Polnisch-Oberschlesien, die Arbeiterschaft bis zum äußersten erbittert hat. Die Gewerkschaften könnten für die Ausschreitngen der Arbeitslosen und anderen weiteren Uebergriffen unmöglich verantwortlich gemacht werden. Sehr deutlich wurde von dem Vertreter des polnischen Metallarbeiterverbandes, Sekretär Piontek, dem Ministerium nahegelegt, alles zu unternehmen, um Polnisch-Oberschlesien die alten Privilegien wiederzugeben.

Polnisch-Oberschlesien als Grenzprovinz müßte anders behandelt werden,

als die übrigen Provinzen Polens. Wenngleich die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterfürsorge ein Defizitunternehmen ist, so muß das Finanzministerium unter allen Umständen schon auf die politische Lage Oberschlesiens Rücksicht nehmen und den status quo wieder herstellen. Nach telefonischer Verständigung mit dem Herrn Minister hatte dieser mitteilen lassen, daß er persönlich alles tun wird, um diesen so harten Beschluß der Regierung für die so schwer Betroffenen für das polnisch-oberschlesische Gebiet rückgängig zu machen. Oberarbeitsinspektor Klott hat dann noch betont, bei der ausgedehnten Konferenz mit dem Minister am Sonnabend, den 13. 6., besonders die oberschlesische Lage vorzutragen, um den alten Zustand für Oberschlesien zu erwirken.

Nunmehr haben die Gewerkschaften der Regierung vorgetragen, daß die Arbeitsbeschaffung für Oberschlesien durch die Regierung sehr leide. Aufträge seien, trotz niedriger Offerten, nicht nach Oberschlesien, sondern nach dem Sosnowitzer und Warschauer Industriegebiet vergeben worden. Das erweckt bei dem polnisch-oberschlesischen Arbeiter kolossalen Mißmut. Den Entlassungen in Oberschlesien müßte man ohne weiteres Front bieten. Demobilmachungskommissar Maske gab bekannt, daß, außer den bereits erledigten Entlasssungen, noch

Anträge auf Entlassungen von Friedenshütte und Baildonhütte

vorliegen. Ebenso wären Anträge von Zinkhütten auf vollkommene Stillegung vorhanden, während von den Gruben augenblicklich keine Anträge vorliegen. Die Gewerkschaftsführer stützten sich besonders darauf, indem sie verlangten, daß die Regierung von dem Entgegenkommen der oberschlesischen Industrie in der Kreditfrage weiten Gebrauch machen soll. Wenn einzelne Verwaltungen bis zu 4 Jahren Kredite gewähren wollen, dann sollte man von der Warschauer Regierung sofort zupacken und dadurch die Arbeitsbeschaffung für die polnisch-oberschlesische Industrie fordern. Daraufhin wurde erklärt, daß die Regierung die Absicht hat,

größere Aufträge für Edingen und für die Staatsbahn nach Polnisch-Oberschlesien.

zu geben, die bis zu 15 Millionen im Objekt betragen. Es wäre im Augenblick nur noch die Verhandlung mit dem Finanzministerium abzuwarten, wie diese Beträge, umgelegt auf 4 Jahre, im Haushaltsplan untergebracht werden sollen.

Im allgemeinen dürfte man die Konferenz als eine unumwundene Notwendigkeit betrachten. Nachdem die Not der Arbeiter in Polnisch-Oberschlesien bis in den höchsten Punkt gestiegen ist, muß von der Warschauer Regierung erwartet werden, daß sie baldigst mit einer Hilfe auf den Plan tritt. Die Gewerkschaften haben hierdurch ihre volle Pflicht, gegenüber dem oberschlesischen Arbeiter, erfüllt. Es bleibt abzuwarten, ob die Warschauer Regierung es wiederum nur bei den Worten oder bei ihrer Pflichterfüllung durch Taten beläßt.

Eine Arbeiterdelegation bei der Wojewodschaft

Kein Geld für die Arbeitslosen.

Nach der Arbeitslosenversammlung in Kochlowitz begab sich eine Delegation, bestehend aus den Genossen Kowoll von der D. S. A. P., Kawalec von der P. P. S. und Herrn Kosak von der Chadecja zum Wojewoden, um ihm die Wünsche der Arbeitslosen vorzulegen. Zumal der Wojewode abwesend war, wandte sich die Delegation an den Leiter der Sozialabteilung, Herrn Kaczmarski und legte ihm, die in Kochlowitz gefaßte Resolution vor. Der Abteilungsleiter erklärte darauf, daß die Zentralregierung, die Unterstützungsaktion eingeschränkt hat und es muß damit gerechnet werden, daß die bisherige Unterstützungsaktion in der nächsten Zeit überhaupt eingestellt wird. Sie wird vom Armenfonds der Wojewodschaft übernommen. Der Armenfonds macht bekanntlich 4 400 000 Zloty aus und die Hälfte davon ist für Kartoffelankauf und andere Zwecke bestimmt worden. Da wird es mit der Arbeitslosenunterstützung schlimm aussehen, wenn sie vom Armenfonds der Wojewodschaft gezahlt wird.

Dann begab sich die Delegation zum Starosten Dr. Seidler. Hier wurde der Delegation gesagt, daß ein Zirkular an die Gemeinden herausgegeben wird, daß Ehefrauen aus allen Aemtern zu entlassen sind, wenn das Familienhaupt, ein Amt bekleidet. Das wird die Arbeitslosen kaum vor dem Hungertode bewahren können.

Vor der Sperrung der 1155 Gastwirtschaften

Das Finanzministerium hat den interessierten Ministerien, und zwar dem Innen-, dem Verkehrs- und dem Justizministerium das Ausführungsverordnungs-Projekt zum neuen Anti-Alkoholgesetz, das im Dz. Ustaw vom 3. d. Mts. veröffentlicht ist, zur Begutachtung zugesandt. Dieses Projekt sieht vor, um die entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes zur Ausführung zu bringen, bis zum 1. Juli 1932 1155 Alkohol-Ausschankstellen aufzulösen. Die im Projekt zur Auflösung bestimmte Ziffer soll nach Angabe des Finanzministeriums die wirklich überzählige Norm darstellen. Aus den Angaben der amtlichen Stellen ist bis jetzt noch nicht zu ersehen, in welcher Form die Reduzierung der nach den Bestimmungen des neuen Anti-Alkoholgesetzes „überzähligen“ Gastwirtschaften durchgeführt werden soll. Auf Grund des neuen Anti-Alkoholgesetzes wird die Zahl der Gaststätten für den Einzelverkauf von alkoholischen Getränken im Bereich des polnischen Staates auf 20 000 festgesetzt, wobei die Restaurationsbetriebe auf den Eisenbahnstationen und in den Eisenbahnwagen nicht einberechnet sind. Wie verlautet, sollen besonders die Konzessionen in den Westgebieten eingeschränkt werden, da hier ihre Zahl das prozentuale Verhältnis zur Bevölkerung übersteigt. Dieser Einwand käme allerdings nur dann in Frage, wenn die Verringerung von Konzessionen allgemein, d. h. ohne Nationalitäten-Rücksichten durchgeführt werden würde. In Wirklichkeit sind die Bestimmungen des alten Anti-Alkoholgesetzes gebraucht worden, um einige hundert Schankstätten zu schließen, die sich in deutschen Händen befanden, während in zahlreichen Fällen gleichzeitig neue Konzessionen an Bürger polnischer Nationalität erteilt wurden.

Dem deutschen Gastwirtsgewerbe will man die Axt an die Wurzel legen. Sollte das neue Anti-Alkoholgesetz und die im Projekt vorliegende Ausführungsverordnung zu neuen Schlägen gebraucht werden, dann dürfte der spärliche Rest des deutschen Gastwirtsgewerbes diesen Erschütterungen kaum noch standhalten können.

Wir müssen abwarten, ob jetzt die Konzessionsinhaber anderer Zunge an die Reihe kommen werden und ob gegen sie mit der gleichen Rücksichtslosigkeit und Schärfe der gesetzlichen Anwendungsmöglichkeit vorgegangen werden wird. In welcher Form der nach dem neuen Anti-Alkoholgesetz ermächtigte Ministerrat die Reduzierung der überzähligen Schankstätten in den nächsten Jahren durchführen wird, dürfte kaum ein Problem für uns sein.

Die Staatsausgaben sollen um 600 Millionen verringert werden

Infolge der ständig geringer werdenden Staatseinnahmen, trägt sich der Finanzminister mit der Absicht, die Staatsausgaben auf die Summe von 2 Milliarden 300 Millionen Zloty zu reduzieren. Anfänglich glaubte die Regierung mit einer Verringerung der Ausgaben um 400 Millionen Zloty auszukommen. Es stellt sich aber jetzt heraus, daß eine Einsparung von 600 Millionen Zloty bei den Staatsausgaben erforderlich sein wird.

Aus diesen durch die Finanznot des Staates erzwungenen Absichten des Finanzministers ist zu ersehen, daß alle früheren Hoffnungen und Versprechungen der Regierung durch die Verhältnisse zunichte gemacht wurden. Heute ist nicht mehr die Rede davon, daß die Sejmopposition, die vor einem allzuhohen Staatsbudget gewarnt hat, zu schwarz sehe. Auch spricht man nicht mehr davon, daß Polen als Großmacht ein 3-Milliardenbudget haben müsse. Jetzt möchte man gern die Streichungen in den Staatsausgaben als Verdienst der Regierung im Sinne der Sparsamkeit auswerten.

Der beleidigte Staatsanwalt

Am Sonnabend war vor dem Landgericht Kattowitz, unter Vorsitz des Landrichters Podolecki, ein interessanter Beleidigungsprozeß angesetzt. Die Vertretung der Anklage übernahm Unterstaatsanwalt Dr. Mehoffer. Es klagte gegen den Warschauer Juristen Konstantyn Gytroyc der Unterstaatsanwalt Dr. Daab vom Kattowitzer Bezirksgericht. Der Beklagte stellte dem Dr. Daab ein Schreiben zu, in welchem zum Ausdruck kam, daß der Angeklagte infolge unkorrektem Vorgehen des Unterstaatsanwalts Dr. Daab schwere materielle Verluste erlitten habe. Diese Zuschrift gab den Anlaß zu der gerichtlichen Beleidi-

gungsklage. In erster Instanz wurde Konstantyn Gytrayc zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt. Er legte hiergegen jedoch Berufung ein, erschien jedoch nicht zu der angesetzten Berufungsverhandlung am Sonnabend. Der Beklagte stellte dem Gericht ein Schreiben zu und teilte darin mit, daß er in Warschau am gleichen Tage einen wichtigen Prozeß wahrzunehmen habe. Außerdem stellte der Beklagte Antrag auf protokollarische Vernehmung des Hauptzeugen. Geistlichen Dionizy Bonczkowicz aus Wolhynien, der einige Tage dazu brauchen würde, um vor dem Kattowitzer Gericht zu erscheinen. Dessen Aussagen aber wären für den Ausklang des Prozesses von außerordentlicher Wichtigkeit. Das Gericht gab dem Antrag auf Vertagung statt.

Die Allgemeinheit und die Arbeitslosigkeit in der Wojewodschaft

Wann wird der Schlesische Sejm zu der Arbeitslosenfrage Stellung nehmen? — Sozialisten und Arbeitslosenfrage — Bürgermeister Dr. Spaltenstein gegen die Bettelei für die Arbeitslosen — Ablehnendes Verhalten der Sanacja

Wenn wir von dem Schlesischen Sejm absehen, so haben alle wichtigen Körperschaften mehr oder weniger eine klare Stellung zu der Arbeitslosenfrage und der Unterstützungsaktion genommen. Der Schlesische Sejm hat natürlich keine Zeit, sich mit dieser Frage zu befassen, denn er hat Wichtigeres zu tun — er muß dem schlesischen Volke eine

Erhöhung der Mietszinse

bringen, denn das ist die Hauptaufgabe, die sich die Hausbesitzer im Schlesischen Sejm gestellt haben. Die Arbeitergewerkschaften lassen die Arbeitslosenfrage nicht mehr zur Ruhe kommen. Sie wird dort täglich diskutiert und Abhilfe gefordert. Die sozialistischen Arbeiterparteien beider Nationalität halten Arbeitslosenversammlungen ab und verlangen die Lösung dieser brennenden Frage. Die sozialistische Presse bringt täglich ausführliche Berichte über den Stand der Arbeitslosigkeit, die Unterstützungsaktion und ermahnt alle Menschen, dem großen Unglück, das über die Arbeiter hereingebrochen ist, zu steuern.

Unter dem Druck der sozialistischen Presseartikel, der Betätigung der sozialistischen Partei und freien Gewerkschaften, sah sich auch das Bürgertum genötigt, zu dieser brennenden Frage Stellung zu nehmen.

Zuerst befaßte sich mit dieser Frage der Verband der Kreisausschüsse, der Vorstand des Arbeitslosenfonds und zuletzt die Gemeinden. Man muß gestehen,

daß die Gemeinden mannhaft Stellung zu der Arbeitslosenfrage und der Hilfsaktion

genommen haben. Dr. Spaltenstein, der Königshütter Bürgermeister, hat am vergangenen Freitag gesprochen, wie ein Bürgermeister einer Arbeiterstadt sprechen muß. Dr. Spaltenstein ist sich der schweren Lage, in welche die Arbeiter und mit ihnen die Arbeitergemeinden, durch die Wirtschaftskrise versetzt wurden bewußt. Er hat in seiner gut angelegten Rede, besonders unterstrichen, daß die Arbeiter hier keine Schuld treffe, daß sie ohne Arbeit dastehen und ließ durchblicken, daß zur Verschärfung der Lage bestimmte Faktoren beigetragen haben.

Besonders angenehm haben seine Ausführungen berührt, als er sagte, daß die private Hilfsaktion die Arbeiter zu Bettlern degradiere und die Arbeiter sind Bürger und keine Bettler.

Das ist es, was wir erst seit vielen Wochen predigen und die Bettleraktion zugunsten der Arbeitslosen entschieden verurteilen. Diesmal wurde uns von einer ersten Persönlichkeit beigepflichtet, die wohl berufen ist, in Arbeitslosenfragen zu sprechen.

Ist doch die Stadt Königshütte eine der größten Arbeitergemeinden in der Wojewodschaft und das Oberhaupt dieser Arbeitergemeinde lehnt entschieden die Bettelei zugunsten der Arbeitslosen ab,

weil die Arbeiter Bürger und keine Bettler sind.

Die Sanacja boykottiert die Arbeitslosenaktion. Das geht schon daraus hervor, daß der Kattowitzer und der Nikolaier Bürgermeister der Konferenz der schlesischen Gemeinden ferngeblieben sind.

Beide Herren betätigen sich als Sanatoren und sind bei allen Aufständischenveranstaltungen stets anzutreffen.

Aufständischenfeier ist für sie jedenfalls wichtiger als Arbeitslosenfragen. Diese kann man ignorieren. Was den Nikolaier Bürgermeister anbetrifft, so wurde seine Abwesenheit am vergangenen Freitag gar nicht so sehr schmerzlich empfunden. Die Arbeitslosen werden ohne ihn fertig und die schlesischen Gemeinden werden auch ohne Herrn Koj fertig, aber der Kattowitzer Bürgermeister sollte doch den

ernsten Problemen größere Aufmerksamkeit

schenken. Die Zahl der Arbeitslosen in Groß-Kattowitz ist erschreckend groß und der Bürgermeister von Kattowitz ist nicht nur Bürgermeister der Besitzenden, sondern auch Bürgermeister der Arbeiter, die hier die Mehrzahl der Einwohner bilden. Herr Kocur fühlt sich wohl als Vertreter einer besonderen Partei.

Gewiß wäre er in normalen Verhältnissen nicht Bürgermeister von Kattowitz geworden, nachdem er aber einmal Bürgermeister ist, so soll er sich für die wichtigsten Probleme in seiner Stadtgemeinde nicht verschließen, sondern an der Lösung mitwirken.

Das verlangen von ihm die Kattowitzer Bürger und die gesamte schlesische Arbeiterschaft.

Das Organ der Sanacja, die „Polska Zachodnia", befindet sich in einer verzweifelten Lage, denn sie weiß nicht, was sie zu der Notlage des schlesischen Volkes schreiben soll. Sie kann die Partei für die Arbeitslosen nicht ergreifen, denn das ist ihr nicht erlaubt. Daher schreibt sie von der Notlage der Arbeiter in Deutschland, aber nicht bei uns. Rufen die Arbeitslosen nach Brot,

so werden sie als Kommunisten verschrien

und die Polizei gelobt, die hungrigen Arbeiter auseinander zu treiben. Die Polizei wird die Arbeitslosenfrage nicht lösen, vielmehr durch ihr strammes Vorgehen die Arbeiter noch mehr aufregen. Eine Zeitlang hat das Blatt auch einige lichte Momente gehabt und hat gegen die hohen Gehälter der Industriebonzen protestiert, aber plötzlich verstummte sie. Sie erhielt einen Wink mit dem Zaunpfahl und kommt zu dieser Frage nicht mehr.

Zweifellos ist den Forderungen der schlesischen Gemeinden nach

Vereinheitlichung der Arbeitslosenunterstützung

zuzustimmen. Es muß nur eine Unterstützung eingeführt werden und jeder Arbeitslose muß das Recht auf die Arbeitslosenunterstützung haben. Kein Mensch kann ins Blaue hineinleben. Er muß wissen, was er beanspruchen kann, damit er sich danach hin richten kann. Der Stein rollt und jetzt werden die gesetzlichen Körperschaften zu der Unterstützungsfrage Stellung nehmen müssen. Mit schönen Worten wird die Sache nicht abgetan werden können. Der Chadecjaklub bereitet endlich auch einen Antrag für den Schlesischen Sejm vor, der sich auf die Wojewodschaftshilfe bezieht. Sie ist zwar sehr bescheiden in ihren Forderungen, denn sie will nur

700 000 Zloty für die Arbeitslosen

aus den Budgetbeträgen bereitstellen. Die 3 Sozialisten im Sejm werden ihre Pflicht tun und werden das Gewissen der bürgerlichen Vertreter im Sejm zu kitzeln wissen.

Kattowitz und Umgebung

Versammlung der Ortskrankenkasse. Am Mittwoch, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet in der „Erholung", auf der ulica sw. Jana 10, die fällige Monatsversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Kattowitz statt. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Punkte. y.

Als vermißt gemeldet. Am 4. d. Mts., entfernte sich der 16jährige Schlosserlehrling Jan Mucha, von der ulica Kochanowskiego 4 aus Kattowitz, aus der elterlichen Wohnung und kehrte seit dieser Zeit nicht mehr zurück. Nach einer Beschreibung ist der Vermißte etwa 160 cm groß, blond und hat blaue Augen, sowie gesunde Zähne. Bekleidet war der Lehrling mit einem blauen Anzug, braunen Schuhen und grauem Hut. Personen, welche über den jetzigen Aufenthalt des Vermißten irgendwelche Angaben machen können, werden ersucht, sich unverzüglich bei der Kattowitzer Polizeidirektion auf der ulica Zielona 28, oder bei der nächsten Polizeistelle, zu melden. x.

Verzweifelungstat. In der Baracke auf der ulica Krasinskiego in Kattowitz verübte die 33jährige Gertrud Golik Selbstmord, indem sie Karbol einnahm. Die Tote wurde in die Leichenhalle des städtischen Krankenhauses geschafft. Familienzerwürfnisse sollen das Motiv zur Tat gewesen sein. x.

Autozusammenprall. Auf der ulica Wojewodzka in Kattowitz kam es zwischen zwei Personenautos zu einem Zusammenprall. Beide Kraftwagen wurden beschädigt. Den Verkehrsunfall sollen beide Chauffeure verschuldet haben, welche ein zu schnelles Fahrttempo eingeschlagen hatten. y.

Firma „Klemm und Lange". Aus einer Garage wurde zum Schaden des Kaufmanns Kurt Donbrowski in Kattowitz ein photographischer Apparat, sowie ein elektrisches Feuerzeug, gestohlen. Im Laufe der polizeilichen Feststellungen wurde als der eigentliche Täter der Arbeiter Stefan M. arretiert, welcher bei dem Kaufmann tätig gewesen war. — In einem anderen Falle wurde aus einem Klassenzimmer der Volksschule in Brynow, zum Schaden der Lehrerin Stanislawa Gorski, ein Damensommermantel, eine lederne Aktentasche, sowie ein Damenhut gestohlen. Der Schaden wird auf 150 Zloty beziffert. — Von einem Wagen wurde auf der ulica Pocztowa in Kattowitz 1 Paket mit Kindersöckchen, seidene Strümpfe, ferner Taschentücher und Weißwäsche im Werte von 140 Zloty gestohlen. Geschädigt wurde durch den Diebstahl der Kaufmann Jakob Libermann von der ulica sw. Pawla 6 in Kattowitz. x.

Eichenau. (Einstellung der Faßfabrik.) Vor ungefähr 2 Jahren erbauten hier paar Sosnowitzer Spekulanten eine Faßfabrik. Anfangs ging dieselbe gut. Nun ist die Wirtschaftskrise so groß, daß auch bei der Faßfabrik die Aufträge schwächer einlaufen, als zuvor. Nun hat sich die Spekulationsfirma wiederum entschlossen, diese Fabrik nach Sosnowitz zu verlegen, weil sie dort glaubt, Arbeitskräfte zu erhalten, die der Firma umsonst arbeiten werden und sie nur die Gewinne einstecken wird. Diese Firma hat auch vorgesorgt, denn sie hat in Eichenau keine massiven Gelände aufgestellt, sondern Holzschuppen, wo die Maschinen eingestellt wurden. Sie hat es auch leicht, dieselben einzureißen und an einer anderen Stelle aufzustellen. Die Gemeinde hat dadurch einen kleinen Steuerausfall. Viel ist es nicht, denn die Spekulanten waren so schlau, daß sie nicht zu hoch besteuert werden konnten. —a.

Königshütte und Umgebung

Weitere Arbeitslosendemonstrationen.

Daß die Kürzung und Entziehung der Arbeitslosenunterstützung an den über 6000 Personen zählenden Königshütter Arbeitslosen nicht spurlos vorübergehen wird, war vorauszusehen. An die am Freitag abgehaltene Demonstration, schloß sich am Sonnabend eine zweite an, nachdem Hunderte erfahren mußten, daß sie bei der Auszahlung nichts erhalten. Das Zentrum der Stadt und insbesondere das Rathaus und die umliegenden Straßen glichen einem Menschenmeer. Männer, Frauen und Kinder bewegten sich in starken Gruppen in diesem Teil und ließen Rufe laut: Wir wollen Brot und Arbeit, keine Bettelgroschen! Vielen sah man die Verzweiflung an den Augen an. Die stark vertretene Polizei hatte volle Hände zu tun, übte aber äußerste Zurückhaltung, was anerkennenswert ist. Es gibt auch noch mitfühlende Polizeibeamte, und diese wirkten beruhigend auf die Massen. Nach stundenlangem Hin und Her, wurde bekanntgemacht, daß am heutigen Montag seitens der Stadt Beihilfen zur Auszahlung gebracht werden. Polizeistreifen durchzogen die geschäftsreichen Straßen, um etwaige Plünderungen zu unterbinden. Es ist schon der letzte Verzweiflungsschritt der Arbeitslosen, wovon denn, soll der kleine Unterstützung beziehende Arbeitslose mit seiner Familie leben? Von den angewandten Wasserstrahlen mindestens nicht. m.

Bei der Arbeit verunglückt. Der bei der Stadt beschäftigte Arbeiter Koschera wurde bei Ausübung von Straßenausbesserungsarbeiten von der Deichsel eines vorbeifahrenden Gespanns am Kopf getroffen und erheblich verletzt. Auf dem Wege zum Arzt, brach der Verletzte an der ulica Gimnazjalna zusammen und mußte mittels Sanitätswagens, in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden. m.

Insgesamt 3 Jahre Gefängnis für versuchten Raub. Ein schwerer Raubversuch kam vor dem Kattowitzer Gericht zum Austrag. Angeklagt waren Thomas Koscielny, Karl Malina und Franz Zielinski aus Königshütte, welche beschuldigt werden, im Bereich des Landkreises Kattowitz, sowie Königshütte, verschiedene strafbare Verfehlungen begangen zu haben. Verhandelt wurde wegen dem Raubversuch, den die Täter am 5. Januar d. Js. abends gegen 9 Uhr auf die Wohnung des Inhabers Rose auf der Miczkiewicza in Königshütte verübten. Kurz nachdem das elektrische Licht verlöschte, läutete es an der Entreetür, worauf das Dienstmädchen nachschaute wer Einlaß begehrte. Das Mädchen schob die Türkette ein wenig zurück und bemerkte durch den Spalt drei verdächtige Männer. Es war besonnen genug, um nicht zu öffnen und fühlte sich dazu umsomehr bewogen, da sie allein war. Die Täter verschwanden aus dem Korridor unverrichteter Sache, wurden aber später wiedererkannt. Auch bei den Verhören vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter sollen die Täter den Raubversuch eingestanden haben. Vor Gericht allerdings verlegten sie sich auf Ausreden. Das Gericht erkannte alle drei Mann für schuldig und verurteilte die Täter zu je einem Jahre Gefängnis. y.

Sitzung der Wohnungsbaukommission. Heute, 6 Uhr nachmittags, findet im Magistratssitzungszimmer eine Sitzung der Wohnungsbaukommission statt, in welcher verschiedene Anträge, auf Gewährung von verbilligten Baukrediten, beraten werden. m.

Vom Königshütter Arbeitsmarkt. Im Königshütter Arbeitsnachweis sind 5 349 Personen als arbeitslos registriert. Um eine Beschäftigung bewerben sich 6 094 Königshütter Einwohner. Davon entfallen auf den Bergbau 831, Hüttenwesen 687, Metallhütten 759, Baugewerbe 429, Holzbranche 120, ungelernte Arbeiter 2 062, Hauspersonal 245, Büroarbeiter 204, Techniker 45, Praktikanten 25, jugendliche Arbeiter 213, andere Berufe 382. An freien Stellen wurden 559 gemeldet, um die sich 640 Personen gemeldet haben. Aus der Evidenzliste wurden 745 Personen gestrichen. m.

Siemianowitz

Motorradfahrer überfährt einen Soldaten. Am vergangenen Freitag fuhr der Motorradfahrer Wandzik, von Beruf Schlosser aus Siemianowitz, auf der Landstraße zwischen Siemianowitz und Chorzow, auf eine Gruppe marschierender Soldaten, wobei er den Soldaten Boleslaus Zebra niederstieß und erheblich verletzte. Wandzik stürzte ebenfalls vom Rade und trug leichtere Verletzungen davon. Die Herren Motorradfahrer rasen manchmal, wie die Verrückten auf den Straßen und haben schon manches Unglück auf dem Gewissen.

Wegen drei Kaninchen in den Tod. Maximilian Pniok aus Siemianowitz schmuggelte aus Beuthen drei Kaninchen. Mit seiner Schmuggelware kroch er auf das Dach des Zuges, der zwischen Beuthen und Orzegow verkehrt. Ein deutscher Zollbeamter hat ihn dabei beobachtet. Derselbe Beamte hat Pniok während der Fahrt beobachtet und hat gesehen, wie der Schmuggler später vom Waggon während der Fahrt heruntersprang. Das geschah in der Nacht gegen 10 Uhr. Um 1 Uhr fand man den unglücklichen Kaninchenschmuggler tot auf dem Geleis liegen. Neben ihm lag der Koffer, in welchem drei Kaninchen lebend gefunden wurden. Die Schmuggelei hat Pniok mit dem Leben bezahlt.

Verbindungsstraße zwischen Siemianowitz und Czeladz. Wir haben bereits berichtet, daß zwischen Siemianowitz und Czeladz eine elektrische Straßenbahn gebaut werden soll, doch wurde dieser Bau davon abhängig gemacht, daß zuerst eine Landstraße gebaut wird. Wir erfahren jetzt, daß der Verbindungsweg gebaut wird und der Kreisausschuß bereits die Grundbesitzer, wo die Landstraße gezogen werden soll, zu einer Besprechung eingeladen hat. Es scheint mit dem Bau der Landstraße und der elektrischen Straßenbahn bei den maßgebenden Faktoren grundsätzlich eine Einigung erzielt worden zu sein. Die Siemianowitzer warten schon lange auf die elektrische Straßenbahn nach Czeladz, besonders die Kaufleute.

Myslowitz

Die Gefängnisaufseher wurden freigesprochen.

Das Kattowitzer Strafgericht, Erste Instanz, hat vor einigen Monaten den Gefängnisaspirant Konieczny vom Myslowitzer Gefängnis zu 3 Monaten, die Aufseher Swierczyna, Tosch, Ksionzek und Spalik zu je 1½ Monaten Gefängnis wegen Mißhandlung des Untersuchungsgefangenen Paul Strzemiczek verurteilt. Gegen dieses Urteil legten die Aufseher die Berufung ein. Das Landgericht noch einmal alle Zeugen vernommen und kam zu einem Freispruch. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß die Zeugen, lauter Strafgefangene, das Schreien Strzemiczek unmöglich gehört haben konnten, weil ihre Zellenfenster auf der entgegengesetzten Seite liegen. Weiter wurde gesagt, daß der Strzemiczek vom Gefängnisarzt untersucht wurde, der keine Zeichen einer Mißhandlung bei ihm festgestellt hat. Es wird viel mehr angenommen, daß die Mißhandlung von den Gefangenen aus dem Finger gesogen wurde, weshalb der Freispruch erfolgen mußte.

Taschendieb auf dem Wochenmarkt. Der Taschendieb Ackermann aus Sosnowitz trat während des letzten Wochenmarktes in Myslowitz auf, wurde jedoch bei einem mißglückten Versuch seiner Kunst von der Polizei gestellt und nach dem Myslowitzer Polizeigefängnis abgeführt. Den Hausfrauen, die ihre Einkäufe auf dem Wochenmarkt besorgen, wird besondere Vorsicht anempfohlen. —h.

Imielin. (Einbrecher gefaßt.) Gestern wurden von der Myslowitzer Polizei zwei berüchtigte Einbrecher, und zwar ein gewisser Kowalski Eduard und Marjan Bratkowski, beide aus Sosnowitz, gefaßt, die in Imielin einen Einbruch im Restaurant Stolorz verübt haben. Die Jagd nach den Einbrechern verlief sehr interessant, da die Einbrecher, nach Wegwerfen der Ware, in der Przemsa sich zu verbergen suchten. Die Polizeibeamten verfolgten sie auch ins Wasser. Ganz durchnäßt wurden die beiden Taucher gefaßt und so in das Polizeigefängnis eingeliefert und nach Imielin abtransportiert. —h.

Gemeindevertretersitzung in Rosdzin-Schoppinitz. Am heutigen Montag, den 15. d. M., findet nachm. 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses zu Rosdzin-Schoppinitz, eine Gemeindevertretersitzung statt. Auf der Tagesordnung stehen 9 Punkte, da-

runter die Annahme der Resignation vom Amt als Gemeindevertreter des kommunistischen G. V. Josef Wieczorek, Gymnasiumfragen , Grundstücksaufkäufe, das Gesuch des Dr. Spiller, zwecks Aufnahme einer weiteren ualifizierten Kraft für die Mütterberatungsstelle und die bezgl. Erhöhungen der Gehälter, Subventionen, Bekanntmachungen usw. —h.

Pleß und Umgebung

Die wirtschaftliche Lage des Landkreises Pleß.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Lage des Landkreises eine sehr schwere, da die Einnahmen, im Verhältnis zu den Ausgaben des Kreises, sehr gering sind. Der Kreis Pleß zieht sich weit und zerstreut dahin. Die Ausdehnung der Verkehrsstraßen beträgt in diesem Verwaltungsgürtel 430 Kilometer. Diese bedürfen zu einer normalen Erhaltung, bei einer rationierten Wirtschaft, ungefähr einen Betrag von 1 000 000 Zloty jährlich, d. h. mehr, als das ganze Budget an gewöhnlichen Einnahmen des Landkreises beträgt. (Ungefähr 800 000 Zloty beträgt die Einnahme). Der südliche Teil des Kreises trägt einen landwirtschaftlichen, der nördliche Teil dagegen einen industriellen Charakter.

Das Landschaftsbild des Kreises Pleß ist sehr verschieden. Die Südseite ist nur Landwirtschaft und befindet sich seit den ungesunden wirtschaftlichen Verhältnissen, ebenfalls in einer großen Krise. Die Gesundung der Landwirtschaft ist von dem Absatz der Produktion abhängig. Die Wirtschaft war bis in die letzte Zeit sehr verwahrlost. Einen guten Absatz in der Landwirtschaft von Pleß hat die Milchgenossenschaft in Pawlowitz. Der tägliche Absatz der Genossenschaft beträgt 10 000 Liter. Die Milch wird in reinem Zustand den Konsumenten zugestellt. Gleichfalls eine Gesundung für den Landkreis Pleß ist die Parzellierung der Güter, so wurde in den letzten Jahren die Parzellierung mehrerer dieser Güter vorgenommen.

Tichau. (Diebe in einem Kiosk.) Aus einem Kiosk in Tichau entwendeten unbekannte Spitzbuben u. a. Rauchwaren, Schokolade im Werte von rund 400 Zloty. Nach den Tätern wird polizeilicherseits gefahndet. x.

Rybnik und Umgebung

Pschow. (Der tägliche Fahrraddiebstahl.) Auf Annagrube wurde, zum Schaden des Arbeiters Jan Wolny aus der Ortschaft Kokoszyce, ein Herrenfahrrad, Marke „Opel“, Nr. 006 434, gestohlen. Vor Ankauf wird gewarnt. x.

Sport vom Sonntag

Fußballrepräsentativspiel Oberschlesien — Krakau 1:3 (1:1).

Wenn die oberschlesische Mannschaft fast 70 Prozent des Spiels für sich hatte und doch mit obigem Resultat verlor, so zeugt dies bestimmt von keinem guten Zusammenspiel der Mannschaft. Denn, was man am gestrigen Sonntag vom oberschlesischen Sturm zu sehen bekam, war schon wirklich ein Jammer. Zugegeben muß ja werden, daß die Mannschaft durch den unmöglichen Schiedsrichter gehandikapt war, so darf es doch nicht so weit kommen, daß man einfach auf gut Glück spielte. Die besten Leute in der oberschlesischen Mannschaft waren noch die Verteidigung und der Tormann, der wirklich schuldlos an der Niederlage ist.

Die Krakauer traten in einer anderen Aufstellung an, als gemeldet, die aber bestimmt nicht schwächer war, als die vorgesehene. Im Spiel viel eifriger, in der Ballbehandlung und im Angriff jedenfalls besser, als die Oberschlesier. Ihre größte Stütze war die Verteidigung und der Tormann. Eine Glanznummer war, wie bereits erwähnt, der Unparteiische. Wenn er in der ersten Hälfte objektiv war, so sah man in der zweiten Hälfte, ihn mit allen, ihm zu Gebote stehenden Mitteln, die Oberschlesier benachteiligen und offen gesagt, um einen eventuellen Sieg zu bringen. Wenn das Publikum gegen ihn nach Spielschluß eine feindliche Stellung einnahm, so ist dies gar nicht verwunderlich. Slomczynski (Sosnowitz) hieß der Brave.

Kattowitz — Bielitz 2:1 (2:1).

Ein schönes, gefälliges und faires Spiel, das die Kattowitzer, infolge der besseren Leistungen der Stürmer, verdient gewannen,

Kattowitz — Czenstochau 3:1 (2:1).

Die Kattowitzer Repräsentative konnte auch in diesem Treffen einen einwandfreien Sieg erzielen.

Schwerathletikkämpfe um die Meisterschaft der Klasse B.

Die am gestrigen Sonntag, in der Kattowitzer Ausstellungshalle zum Austrag gebrachten Meisterschaftskämpfe der Klasse B, brachten wirklich guten Sport. Die Beteiligung an den Kämpfen war sehr zahlreich, was man aber leider nicht von der Besucherzahl sagen kann. Die Kämpfe selbst brachten folgendes Ergebnis.

Federgewicht: 1. Drosdz, 2. Moczko (beide Sokol 2 Kattowitz), 3. Piwon 1, 4. Piwon 2 (Samson Kochlowitz). In dieser Klasse beteiligten sich 26 Kämpfer. Auch müßte in dieser Klasse unbedingt eine Ausscheidung zwischen Drosdz und dem 3. Sieger der Klasse A für die polnischen Meisterschaften zustande kommen, da Drosdz wirklich über ein gutes Können verfügt.

Weltergewicht: 1. Schwarz (Powst. Bogutschütz), 2. Cwaka (Slavia Ruda), 3. Gardawski (Sokol 2 Kattowitz.)

Mittelgewicht: In diesem Ausscheidungskampf zur polnischen Meisterschaft blieb Grychtol (Sokol 2 Kattowitz), 2. Schmidt (Sokol Knurow), 3. Suchta (Polizei Kattowitz).

Bantamgewicht: Marcoll (Jednosc Friedenshütte), 2. Szczepurek (Koscinszko Hohenlinde).

Eine neue Belastung des Volkes in Sicht

Vor einem völligen Abbau des Wohnungsschutzgesetzes? – Nach der Einführung der Steuergesetze sollen die Mietszinse erhöht werden – Die Sanacjapartei eine Hausbesitzerpartei – Arbeit für den Bolschewismus

Ein polnisches Sprichwort sagt: „Wen der liebe Gott strafen will, dem nimmt er den Verstand.“ In unserem wirtschaftlichen Leben sieht auch danach aus. Das was die Kapitalisten heute mit den Arbeitern treiben ist nicht mehr normal.

Sie treiben die Arbeiter zur Gegenwehr, zum Bolschewismus, in dem sie ihnen die Existenzmöglichkeit nehmen und die Arbeiter bis aufs Blut reizen.

Diese gemeine Nichtswürdigkeit wird sich einmal bitter rächen.

Unter der Wirtschaftskrise leiden alle Kreise. Am meisten leiden die Arbeiter, dann die Angestellten, die Landbevölkerung, der Mittelstand usw. Selbstverständlich geht den Selbstverwaltungskörperschaften auch nicht am besten. Der Staat steht auch mit leeren Kassen da. Die Regierung war es gewesen, die die Wirtschaftskrise, genau so wie die Kapitalisten, auf die Masse der armen Bürger überzuwälzen verstand. Zuerst wurden die Gehälter der Staatsbeamten um 15 Prozent abgebaut und dann kamen die Arbeitslosen an die Reihe. Die Arbeitslosenunterstützung wurde beschnitten, besonders die Staatshilfe. Auch eine neue Steuer wurde eingeführt und zwar die Besoldungssteuer.

Der „Robotnik“ teilt mit, daß die Regierung die Absicht hat bezw. schon an einem Gesetzesentwurf arbeitet,

daß die Mietszinse in den alten Häusern, den Mietszinsen in den neuen Häusern gleichgestellt

werden sollen. Der Vize-Finanzminister Starzynski hat in seiner letzten Rede, gesagt, daß die Wohnungsfrage gefordert werden muß. Wie das heutige System sich die „Förderung“ der Wohnungsfrage denkt, kann man sich lebhaft vorstellen. Man wird den Mieterschutz abschaffen und ist der Meinung, daß sich dann die Wohnungsfrage von allein „Fördern“ wird. Das ist die einfachste Lösung und sie kostet nichts. Die Gleichstellung der Mietszinse in den alten Häusern mit den Wohnungsmieten in neuen Häusern, bedeutet ein Unglück für das arme Volk, die Arbeiter und die Angestellten. Eine Wohnung im neuen Hause, das von einem Wohnungsspekulanten erbaut wurde,

ist um 300 Prozent teurer

als die Wohnung in einem alten Haus. Schon die Wohnungen, die von den Gemeinden und dem Zaklad Ubezpieczen erbaut wurden sind reichlich um 100 Prozent teurer als die Wohnungen in den alten Häusern. Wer wird heute eine solche Wohnung bezahlen können. Etwa die Arbeiter oder die Angestellten, denen man die Löhne bezw. die Gehälter nach allen Regeln der Kunst beschnitten hat?

Der Schlesische Sejm, bezw. seine Bau- und Wohnungskommission wälzt da eine Vorlage die sich Ausbau des Schlesischen Wirtschaftsfondes nennt und sie hat bereits beschlossen die Mietszinse zu erhöhen und will uns mit den höheren Wohnungsmieten beglücken. Für dieses Geld sollen dann die Bauspekulanten für die arme Bevölkerung neue Wohnungen bauen. Wir wollen uns über die Weisheiten der Sejmkommission nicht weiter aufhalten, denn Genosse Dr. Glücksmann hat sie eingehend im „Volkswille“ beleuchtet. Aber eine Tatsache wollen wir bei diesem Anlasse feststellen, daß die Arbeiten der Sejmkommission sich in der Richtung bewegen,

den Mieterschutz völlig aufzuheben.

Das wurde unzweideutig ausgesprochen, besonders von seiten der Sanacja. Dr. Kotas war es, der diese „Weisheiten“ vorgetragen hat und es hat sich niemand bei der Sanacja gefunden, der dagegen aufgetreten ist. Die Ansichten Dr. Kotas bewegen sich in derselben Richtung, wie die Absichten der heutigen Regierung, die das Heil in der Abschaffung des Mieterschutzgesetzes erblickt. Allem Anschein nach hat sich die hiesige Sanacja mit der Sanacja im Warschauer Sejm über die Mieterfrage verständigt.

Der Schlesische Sejm, bezw. seine bürgerliche Mehrheit, hat sehr wenig getan um die reduzierten Arbeiter vor dem Hunderstode zu retten.

Man ist bei der Budgetberatung „an die Grenzen der Möglichkeit“ gegangen, in dem man die Beträge für die Arbeitslosen verdoppelte im Vergleich zu jenen Beträgen die vom Wojewodschaftsrat für die Arbeitslosen vorgesehen waren. Man hat da ein großes Werk vollbracht und ist stolz darauf. Man läßt sich sogar dafür noch feiern wenn man zu den Arbeitern geht. Was haben aber die Arbeiter davon? Haben sie Arbeit oder eine Unterstützung aus diesen Beträgen bekommen? Keine Spur davon. Die Arbeiter spüren die „Wohltaten“ des Mehrbetrages überhaupt nicht. Im Gegenteil, die Wojewodschaftsbeihilfe wurde, wenn nicht völlig eingestellt, so doch so weit beschränkt, daß sie einer völligen Einstellung gleichkommt. Und was macht die Sejmmehrheit? Sie macht garnichts, sie kümmert sich um die Arbeitslosen überhaupt nicht. Der Sejmmarschall hat zusammen mit dem Wojewoden und Bischof Adamski die Hilfsaktion für die Armen eingeleitet, die, wenn es gut geht, einige Suppenküchen aktivieren wird. Die Sejmmehrheit hat zu dieser Frage überhaupt keine Stellung genommen.

Nur die drei Sozialisten haben auf die Bettelei für die Arbeitslosen hingewiesen und betont, daß hier Pflicht des Sejms war, helfend einzugreifen.

Die Sejmmehrheit hat das alles abgeschüttet und ging zur Tagesordnung über diese Dinge über.

Wozu haben wir denn eigentlich den Schlesischen Sejm, wenn er über das wichtigste Problem zur Tagesordnung übergeht.

Ist kein Geld da? Wir hören aber, daß an Sportvereine in Warschau namhafte Beträge ausgezahlt werden, daß die Strzelcy Subventionen erhalten und ganz neu angekleidet und bewaffnet wurden. Wenn sich für solche Zwecke Geld findet,

so muß Geld für hungrige Arbeiterkinder auch vorhanden sein.

Damit will sich jedoch die Sejmmehrheit nicht befassen, denn sie hat ihre „Pflicht“ den Arbeitslosen gegenüber bereits erfüllt.

Dafür will uns die Sejmmehrheit die Mietszinse erhöhen, was als die wichtigste Aufgabe von der Sejmmehrheit aufgefaßt wird

Wenn wir die Berichte der Sejmkommission lesen, so können wir uns des Eindruckes nicht erwehren, daß dort die Hausbesitzer eine Kommission eingesetzt haben, nicht aber die schlesische Volksvertretung.

Man nimmt auf nichts Rücksicht. Krise hin und Krise her. Die Krisen sind dazu da, um dem Volke neue Lasten aufzubürden. So machen die Kapitalisten, so die Regierung und die Sejmkommission will auch nicht zurückbleiben. Wenn schon, dann aber gründlich, denkt man sich und handelt danach. Bei dieser Gelegenheit hat die Sanacja ihr wahres Gesicht enthüllt. Kein Wunder, denn die Sanatoren sind Hauseigentümer und die, die noch nicht so weit gebracht haben, werden bald so weit sein, trotz der Wirtschaftskrise. Unsere Interessen ruhen in „guten Händen“, dessen können wir sicher sein. Aber so mußte es kommen, damit uns die Augen aufgehen, wer eigentlich die Sanacja ist.

Passagier aus dem Flugzeug gestürzt

Roman von P. Wild.

29)

Ich spürte bei den Worten einen Ruck durch meinen Körper gehen. Dunkles Vorgefühl von Unheil überschlich mich. Ich war verraten. Wer hatte es getan? Badja?

Eins war gewiß: Ich saß in der Falle, deutlich stand es in dem Gesicht meines Gegenübers.

Wozu sollte ich sprechen? Genügte es nicht, daß er von meinem Ausgehen wußte; keinesfalls durfte er das Ziel kennen. Wenn Schweigen auch meine Lage verschlimmerte, ich mußte Meerati Barma mein Wort halten, komme, was da wolle.

Mein Hirn war leer. Ich sah das Schicksal auf mich zuschreiten, unerbittlich, grausam.

Eine unendlich lange Pause trat ein. Der andere ließ mir Zeit. Er mußte seiner Sache sehr sicher sein! Gedanken wurden fühlbar, quälend, schwangen zwischen uns hin und her. Ehe er ein weiteres Wort gesprochen hatte, fühlte ich mich gefangen.

„Nicht wahr, Sie können die Tatsache Ihres nächtlichen Ausfluges nicht leugnen und tun es auch nicht länger?“ klang es gemütlich. „Dazu sind Sie zu klug. Uebrigens wäre es auch zwecklos, weil wir Beweise haben. Sie waren nicht allein, sondern in Begleitung eines anderen? Wir kennen auch ihn. Bitte sagen Sie seinen Namen, ohne Heimlichkeit, denn die ist nutzlos.“

Schläfrig betrachtete er mich von der Seite, leicht mit dem silbernen Bleistift in seiner Hand spielend.

Sonderbar. Ein strenger Wille zwang mich, über ihn hinweg abermals den Schreiber anzusehen. Sein Gesicht war ausdruckslos, nur die Augen lebendig. Warnen war in ihnen, und wieder legte er die Finger an die Lippen, Schweigen gebietend.

Ich starrte ihn an. Diesmal hatte ich das Zeichen deutlich gesehen. Plötzlich kam mir das Gesicht irgendwie bekannt vor. Ich suchte, suchte. Endlich hatte ich es. Der Mann im Auto! Also ein Helfershelfer, oder war er der Verräter?

Mißtrauen, Angst, Wut brödelte, gärte. War das eine zweite Falle?

Ich empfand die Unklarheit, erhob mich.

„Bitte, behalten Sie Platz“, bat der andere. „Regen Sie sich nicht auf. Wozu? Wollen Sie eine Zigarre rauchen?“ Suchend griff er nach seinem Etui.

Rauchen. Er hatte recht. Ein paar Züge Tabak vergessen.“

„Wie leid tut es mir. Ich habe mein Etui vergessen.“

Ich zog das meine hervor, öffnete es... In schimmerndem Schmelz köstlichen Glanzes lag eine Schur herrlicher Perlen darin.

Entgeistert starrte ich darauf. Meine Hand zitterte vor Erregung so stark, daß das Etui zu Boden fiel. Ich bewegte mich nicht.

In meine Ohren kam ein Sausen und Brausen. Rote Funken spielten zitternd vor meinen Augen, verschleierten sie dunkel, schwarz. Ich stieß einen wahnsinnigen Schrei aus; dann lachte ich schreiend, gellend.

Der Schreiber hob die Kette auf, reichte sie seinem Vorgesetzten, der sie in zärtlicher Freude durch die Finger gleiten ließ, Perle um Perle. Ein helles Licht stand in seinen Augen. Freude Triumph.

„Die Perlenkette der Lady Maxwell.“

Selbst wenn ich gewollt, hätte ich keinen Ton hervorgebracht.

„Können Sie mir sagen, seit wann die Kette in Ihrem Besitz ist?“

„Nein!“, stieß ich empört heraus. „Nein!“

„Schade“, sagte er ruhig weiter, „so muß ich Ihnen zunächst Gelegenheit zur Einkehr geben, zur Stille. Vielleicht stärkt die Einsamkeit Ihr Erinnern.“

„Herr! Ich kenne die Perlen nicht, habe sie nie in der Hand gehabt...“

„Und nie gesehen?“, endete er in meinem Tonfall. „So ist es immer. Das kennen wir. Sie sehen sie soeben zum ersten Male, zufällig nur, in Ihrer eigenen Tasche! Finden Sie das nicht sonderbar?“

„Ich weiß nicht...“

„Nein, Sie wissen nicht... Der große Unbekannte, der alles macht, an das sich gewisse Herrschaften nicht entsinnen, sehen Sie, dieser große Mann hat es getan. Er hat sie Ihnen unbemerkt in die Tasche gesteckt. Das ist immer so. Leider genügt den Hütern der Gerichtigkeit die Zauberformel Ihrer Harmlosigkeit nicht. Sie werden Ihr gutes Gewissen zu beweisen haben.“

Langsam kam er mir näher. In seine Augen kam ein Funkeln und Blitzen. Ich wich vor dem rätselhaften Blick zurück, bis zur Wand, lehnte dort, mit zitternden Knien.

Eindringlich, fest, fast feierlich klang seine Frage zu mir:

„Warum haben Sie in dieser Nacht Lady Maxwell ermordet und beraubt?“

„Ich?!“

Der Schrei eines Irren. Mit wilder Wut warf ich mich gegen den Ankläger. Eine Art Wahnsinn überkam mich. Was dann geschah, ist bei mir wie ausgelöscht.

* * *

Ein Schatten glitt durch die Nacht. Eine Frau. Sie schritt in beherrschtem Tempo über die Straße, kaum hörbar, mit den absatzlosen Schuhen der Einheimischen. Ihr Gesicht war verschleiert, ihre Gestalt hoch und schlank, ihr Gang anmutig.

Innere Unruhe ließ sie manchmal in jähem Halt stillstehen. Mit gespannten Sinnen horchte sie ins Dunkel, wandte sich einmal unauffällig um; nichts war zu sehen.

Und doch war ihr Mißtrauen berechtigt. In bestimmtem Abstand folgte ein Inder. Lautlos, wie ein Jäger hinter Wild, pirschte er hinter ihr her. Mit geschärften Sinnen ahnte er ihr Tun, drückte sich bei ihrem Stehenbleiben eng an eine Hauswand oder erstarrte in einer Lücke oder Tür, hinter einem Baum, einer Säule.

Sicherlich machte sie ihren Weg absichtlich im Zickzackkurs. Sie wollte sich für alle Fälle gegen jeden Verfolger sichern, ging einmal durch einen Garten, den sie zur anderen Straßenseite wieder verließ. Doch der Unbekannte blieb untäuschbar auf ihrer Spur.

Ueber einem indischen Tanzhause brannte das trüber Licht einer kleinen Oellampe. Die Frau machte halt, vergewisserte sich, daß kein Fremder in der Nähe war, öffnete die Tür und tappte mit großer Sicherheit durch einen halbdunklen Gang. Auf einer Strohmatte lag ein Inder, einen mit Bast geflochtenen Korb vor sich.

Ein geflüstertes Wort. Der Mann erhob sich, stieß die Tür auf. Sie waren in einem halbdunklen Raum, den eine Oellampe matt erleuchtete. Schwellende Polster luden zum Ausruhen ein, dampfende Wohlgerüche durchwallten den Raum, Süßigkeiten und Getränke standen bereit: ein Gastraum.

Die Frau ließ sich auf den Divan nieder, hob den Schleier: es war Cecely Glox — Badja Tschernowska.

„Komm“, zog sie den Mann zu sich nieder.

Lange und eindringlich flüsterten sie, in englischer Sprache. Der Mann schüttelte ein paarmal verneinend den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Arbeitslose, aufgepaßt!

Die Sanacjablätter berichteten nach dem Siege der Sanacja bei den letzten Sejmwahlen, daß bis spätestens Frühjahr die Arbeitslosigkeit behoben sein wird. Vor den Wahlen betonten sie mit allem Nachdruck, wenn die Sanacja die Majorität bei den Wahlen bekommt, daß dann alle Arbeiter Beschäftigung und Brot haben werden. Viele Arbeitslose ließen sich verleiten und glaubten den Versprechungen dieser Leute. Manche Arbeitslose, die aufgefordert wurden, für die sozialistische Liste zu stimmen, erklärten: **„Was kann mir denn der Sozialist helfen, der ist selber ein armer Teufel und kann mir nichts geben! Anders ist es mit der Sanacja, dahinter steht doch die Regierung mit dem Pilsudski an der Spitze, die haben die Macht, die werden mir Arbeit und Brot geben!“**

Nun können sich die Arbeitslosen überzeugen, was von den vielen Versprechungen und Erwartungen in Erfüllung gegangen ist! Die mächtige Sanacja hilft jetzt nur den Kapitalisten, aber nicht den Arbeitslosen! Die Krise geht nicht zurück, sondern sie verschärft sich noch von Tag zu Tag. Den Arbeitslosen wird die Unterstützung nicht erweitert, sondern noch mehr eingeschränkt und abgebaut. Ledige Arbeitslose und verheiratete ohne Kinder, erhalten überhaupt keine Unterstützung. Hat jemand noch ein armseliges Häuschen mit ein paar Blumenbeetchen, so wird er schon zu den Besitzenden gezählt und bekommt auch nichts. Ob er vom Dach ein Stück Kuchen abbrechen kann, oder ob er von dem Acker sich nähren soll, darauf wird nicht geantwortet! — **Arbeit und Brot ist lange, lange nicht in Aussicht!**

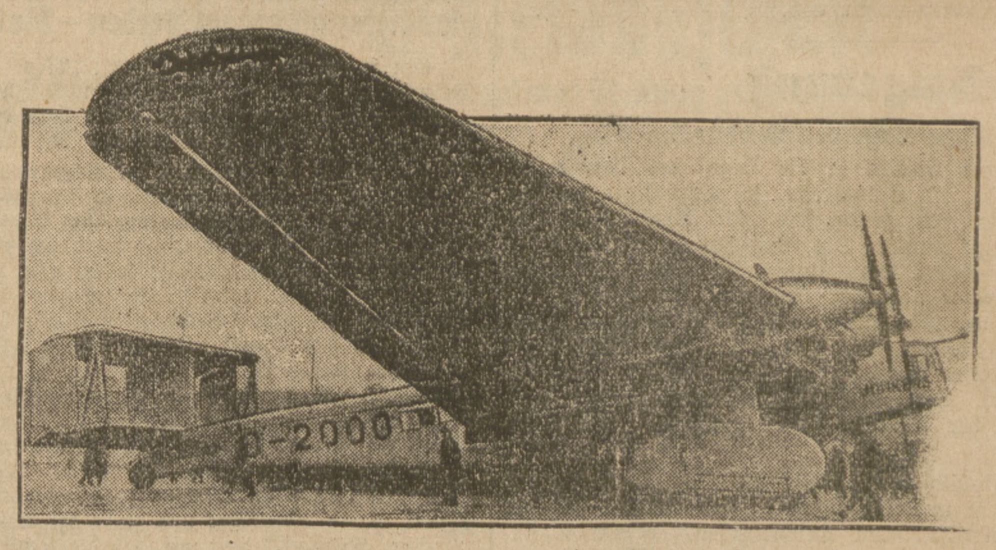
Die Arbeiterschutzgesetze, welche nur auf Anregung und Mitarbeit der Sozialisten geschaffen werden mußten, die werden jetzt durch die Sanacja verschlechtert und abgebaut! **So sorgen die großen und reichen Herrn, denen viele Arbeitslose bei den Wahlen die Stimme gegeben haben, für die armen Arbeiter!**

Wären die richtigen Vertreter der Arbeiter in der zur Stärke der arbeitenden Bevölkerung entsprechenden Zahl gewählt worden, dann hätten sie wenigstens die Aussicht auf eine entsprechende Unterstützung durch die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit! Hätten die Arbeiter an Stelle der Sanacja die Majorität im Sejm, dann wäre auch die Arbeitslosigkeit bei weitem geringer wie heute!

Wenn dann noch die „armen Teufel“ in allen Staaten der Welt die Majorität in den gesetzgebenden Körperschaften hätten, würde die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung, die Krise und Arbeitslosigkeit verschwinden und wir könnten dann wirklich als Menschen leben!

Arbeitslose, denkt daher nach! Der Reiche hat für den Armen nie etwas übrig und wenn schon, dann will er aber wieder den doppelten Vorteil davon haben! Helfen können sich die Armen nur selbst, wenn sie sich von den Reichen abwenden und untereinander, Gleiche und Gleichen stramm vereinigen, verbrüdern und gegenseitig unterstützen! Die Schaffung einer besseren Ordnung kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein! Deshalb organisieret, schulet und bildet euch, damit ihr dieses Werk bald vollbringen könnt.

Familienschule in Bielsko. — Ausstellung und Einschreibungen. Das Kuratorium der deutschen Familienschule teilt mit, daß am Sonntag, den 21. 6. von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags die Ausstellung von Arbeiten der Schülerinnen-Wäsche, Kleider und Kochkunstprodukte — geöffnet ist und ladet alle Eltern, Freunde und Interessenten zum Besuche herzlichst ein. Gleichzeitig gibt die Direktion bekannt, daß die Einschreibung für das neue Schuljahr am 27. 6. bis 2. 7., täglich zwischen 11 und 13 Uhr, außerdem am 1. und 2. Juli von 18 bis 19 Uhr in der Kanzlei der Anstalt (Purzelberg Nr. 7, Hofgebäude 1. Stock) stattfindet. Die Anmeldung der Schülerinnen kann nur durch die Eltern oder deren gesetzliche Stellvertreter (auch schriftlich) erfolgen. Neu eingetretene Schülerinnen haben dabei vorzuweisen: Tauf- bezw. Geburtsschein und das letzte Schulzeugnis. Für die Aufnahme in die erste Klasse ist die Vollendung des 14. Lebensjahres, also Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht, sowie der Nachweis der Kenntnisse einer 7. Volksschul- oder 3. Bürgerschulklasse erforderlich. Zur Aufnahme in die 2. Klasse ist das entsprechend höhere Alter nötig, unter Umständen wird eine Aufnahmeprüfung verlangt. In die Lehrwerkstätte werden grundsätzlich nur geeignete Absolventinnen der eigenen Schule aufgenommen. Alle Schülerinnen, die den Unterricht besuchen wollen, müssen vor den Ferien eingeschrieben werden, also auch die Mädchen, die die Schule schon besucht haben. Als Einschreibegebühr sind 5 Zloty zu entrichten, als Lehrmittelbeitrag 10 Zloty. Die Taxe für eine eventuelle Aufnahmeprüfung beträgt 5 Zloty. Unbemittelten Schülern kann auf ein begründetes Ansuchen Ermäßigung oder ganze Befreiung von der Schulgeldzahlung vom Kuratorium bewilligt werden. Nähere Auskünfte während der Einschreibungen.



„D. 2000“ im Verkehrsdienst

Das größte Landflugzeug der Welt, die Junkers-Maschine „G. 38“ („D. 2000“) ist in den fahrplanmäßigen Verkehr Berlin — London eingesetzt worden, und hat jetzt seinen ersten Flug zurückgelegt.

Altbielitz. Am Dienstag, den 16. Juni l. Js., findet um 7 Uhr abends im Gasthaus And. Schubert die fällige Vorstandssitzung des sozialdemokratischen Wahlvereines „Vorwärts“ statt, wo alle Hilfskassierer und Vertrauensmänner, sowie der sozialistische Gemeinderatsklub freundlichst eingeladen werden.

Verein Arbeiterheim in Straconka. Dieser Verein gibt bekannt, daß er im eigenen Heim auch eine Restauration besitzt. Ein schöner lichter Saal steht den Gästen zur Verfügung. Ein Billard steht ebenfalls zur Disposition. Rasche und reelle Bedienung wird zugesichert. Die Ausflügler und Touristen werden ersucht, bei Gebirgspartien auch der Restauration des Vereins Arbeiterheim in Straconka einen Besuch abzstatten.

Wo die Pflicht ruft!“

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Dienstag, 16. Juni, abends 7 Uhr: Gesangsstunde.
Mittwoch, 17. Juni, 7 Uhr abends: Mädchenhandarbeit.
Donnerstag, 18. Juni, 7 Uhr abends: Ges. Zusammenkunft.
Freitag, 19. Juni, abends 7 Uhr: Handballspielerversammlg.
Sonntag, 21. Juni: Blumentag der Arbeiterkinderfreunde.

Deutsch-sozialistische Arbeitspartei.

Am Dienstag, den 16. Juni 1931, findet um 5 Uhr nachmittags im Gasthaus des Herrn Andreas Englert in Lipnik eine

Volksversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Die politische und wirtschaftliche Lage im In- und Auslande.
2. Gemeindeangelegenheiten.

Referent: Genosse Anton Pajonk und Genosse Lukas.

Parteigenossen und Genossinnen! Arbeiter und Arbeiterinnen! Die gegenwärtige Lage ist sehr ernst. Die arbeitende Bevölkerung kann nur aus eigener Kraft sich eine bessere Zukunft schaffen. Erscheinet daher massenhaft bei der Versammlung! Keiner fehle! Tretet alle ein in die Reihen des kämpfenden Proletariats um ein besseres Morgen!

Der sozialdem. Wahlverein „Vorwärts“ Lipnik.

Achtung Subkassierer der Metallarbeiter, Ortsgr. Bielsko. Alle Subkassierer der Metallarbeiter werden darauf aufmerksam gemacht, daß am 27. Juni l. J. Schluß des 2. Quartales ist. Um die Quartalsabrechnung rechtzeitig abzuschließen ist es daher notwendig, die rückständigen Beträge einzuheben und bis zum angesetzten Termin abzurechnen, um unnötige Verzögerungen der Quartalsabrechnung zu vermeiden. Der Vorstand der Ortsgruppe Bielsko.

Achtung, Arbeitergesangvereine! Dienstag, 16. Juni l. J., findet um 5.30 Uhr abends in der Redaktion eine Gauvorstandssitzung statt. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. Der Gauobmann.

Voranzeige! Der Verein jugendl. Arbeiter Alexanderfeld veranstaltet am Sonntag, den 5. Juli in Herrn Bathelts Wäldchen in Alexanderfeld sein 20jähriges Gründungsfest. Genannter Verein ersucht heute schon sämtliche Kulturorganisationen, sich diesen Tag der Jugend freizuhalten. (Im Falle ungünstiger Witterung findet das Fest den nächstfolgenden schönen Sonntag statt.) Die Vereinsleitung.

Ein katholischer Wissenschaftler über die Wiener Wohnbaupolitik

Selten hören wir die Stimme besonnener Betrachtung aus dem katholischen Lager, wenn die Wiener Wohnbaupolitik besprochen wird; um so mehr müssen wir mit Interesse zur Kenntnis nehmen, was einer der bedeutendsten katholischen Wissenschafter, Dr. Ernst Karl Winter, in der katholischen Zeitung „Hochland“ über Wiens Wohnungsbau zu sagen weiß.

Die Sozialdemokratie, die heute das Wiener Rathaus verwaltet, wird die Herkunft ihrer kommunalpolitischen Aktionen von der christlich-sozialen Bewegung im allgemeinen bestreiten. Auf der anderen Seite lehnen die parteipolitischen Erben Luegers in ihrer unermüdlichen, oft hemmungslosen Kritik der Mehrheitspolitik, deren etwaige Herkunft von Lueger entschieden ab. Es ist daher von programmatischer Bedeutung, wenn der eigentliche Schöpfer der sozialdemokratischen Kommunalpolitik, Hugo Breitner, der Finanzreferent des Wiener Stadtrates, erst vor kurzem den historischen Zusammenhang mit Lueger ausdrücklich betont hat. „Unsere Meinung geht dahin“, äußerte er sich im Gemeinderal anläßlich der letzten Budgetdebatte, „daß die Obsorge für das wichtigste menschliche Bedürfnis, für die gesunde Unterkunft, eine dauernde Aufgabe des Gemeinwesens bildet. So wie die christlichsoziale Verwaltung Gas, Strom und Straßenbahn verstadtlicht hat, so soll die Wohnung, deren Beschaffenheit für das Gedeihen der Menschen so bedeutungsvoll ist, nicht mehr allein der Privatwirtschaft überlassen bleiben. Davon hängt es ab, ob man aus Steuererträgnissen baut oder aus Anleihen.“ Die großen politischen Impulse freilich gab dem Wiener Rathaus ohne Zweifel die marxistische Ideologie. Auch die leidenschaftlich bewegte Resonanz der Massen, welche die kommunalpolitischen Aktionen miterleben, noch stärker als ehedem unter Lueger, sicherte ihm diese.

Trotz äußerer Strukturverwandtschaft der beiden Gemeindeverwaltungen von heute und von gestern, besteht aber doch ein sehr tiefgreifender Gegensatz. Ihre Finanzpolitik ist grundsätzlich verschieden. Hier ist der Punkt, an dem der Vorwurf des „Bolschewismus“, mit dem die bürgerliche Avantgarde den Wiener Kommunalsozialismus zu entwurzeln vermeint, einhakt. Luegers Haupteinnahmen bildeten die Erträgnisse der Hauszinssteuer. Darüber hinaus hat er Anleiheschulden aufgenommen. Luegers Kommunalpolitik vollzog sich im bürgerlichen Raume.

Aber auch psychologisch hatte die Aera Lueger ein ganz anderes Gesicht. Während in ihr die starke väterliche, freilich auch rücksichtslose, oft gewalttätige Persönlichkeit überragend hervortrat, ist es heute die festgesetzte Parteiorganisation, in der eine ganze Reihe von Köpfen mit Physiognomie sichtbar wird, kein einziger freilich vom urtümlichen Format Luegers. Trotz dem heißumstrittenen „freien Ermessen“ in Steuersachen, das jetzt eingeschränkt wurde, oder der viel kritisierten nichtöffentlichen Vergebung von Arbeiten im Wohnbauwesen und von Wohnungen in den Gemeindehäusern dürfte der Magistrat von heute nicht einen Bruchteil des Terrors anwenden, den Lueger nicht nur angewendet, sondern in programmatischer Offenheit auch bekannt hat. Was unter Luegers Regime auf der Grundlage eines heute mythologisch anmutenden Privilegienwahlrechtes an planmäßiger und offener Bevorzugung von Parteifreunden bei Aufträgen und Anllellungen, an Politisierung der Schule und Beeinflussung der Wahlen sich kontinuierlich ereignete, davon dürfte die auf breitestem Proporzwahlrecht ruhende, bis zu 75 Prozent der Gesamtbevölkerung umfassende Gemeinderatsmehrheit von heute nicht einen Bruchteil wagen. Eine Opposition von der Schärfe der heutigen wäre durch einen Lueger zermalmt worden, wenn sie überhaupt emporgekommen wäre. Souverän verfügte er allein über das Wiener Rathaus.

Man hat in nichtmarxistischen Kreisen gewöhnlich die Vorstellung, daß der Marxismus, insbesondere der als sehr unversöhnlich bekannte Austromarxismus, rein ideologisch-doktrinär handle, ausschließlich in Konsequenz der sehr massiv vorgestellten marxistischen Utopie. Nichts widerlegt diese antimarxistische Lesebuchlegende schlagender als die Entwicklungsgeschichte der Wiener Wohnbaupolitik. Man hielt einfach am vorhandenen Mieterschutz fest, weil er die primitivste Sicherung der Großstadtbevölkerung, auch nach dem Kriege noch, bedeutete. Erst allmählich ergab sich daraus die heutige Wohnbaupolitik.

Gegenüber der kapitalistischen Idee „Haus ist Ware“, aus der alles andere folgt, ist doch deutlich eine andere Idee in sichtbarem Wachstum: „Wohnung ist öffentliches Recht.“ Im Zeichen dieser Idee steht kultursoziologische die Wohnbaupolitik des Wiener Kommunalsozialismus.

Die öffentliche Gewalt, die ergriffen ist von der neuen Idee, sieht in der Einhebung von Steuern nicht bloß die Möglichkeit, ihren bürokratischen Apparat aufrechtzuerhalten, sondern darüber hinaus aktiv die Wirtschaft zu beeinflussen. Auch die frühere Gemeindevertretung hat dies getan, jedoch eben nur im Rahmen ihrer Behördefunktion.

Die Sicherstellung des arbeitenden Menschen durch soziale Gesetzgebung, Wohnbaupolitik und Fürsorge, die ihm ein ganz anderes Verhältnis zu seinen wirtschaftlichen Aufgaben und Dienstleistungen zu geben vermag, ist „Wirtschaft“; nicht Warenerzeugung zwar im primitivsten Sinne der liberalen Doktorin, wohl aber „Organisation der Wirtschaft“, Bereitstellung von Kapitalien für sie, die unentbehrlich sind. Dieses ganze System der indirekten Wirtschaftsorganisation durch Hebung und Sicherung des Kapitals „Mensch“ erfordert jedoch Mittel, die nur durch Steuern hereingebracht werden können. Nicht schlechthin die Destruktion der gegebenen Wirtschaft ist also das Ziel einer kommunalen Finanzpolitik, wie sie Wien durchführt, sondern die Formung einer neuen Wirtschaft, deren Ueberlegenheit schon daraus erhellt, daß sie allein auch für den wichtigsten Faktor im Produktionsprozeß, für den Menschen, Vorsorge trifft.

Daß alles, was die Gemeinde durchführt, insbesondere was sie für die Kinder des Proletariats tut, „großzügig“ ist, wie der Rechnungshof mehrmals betont, kann wieder kein Nachteil für die Wirtschaft sein, die diesen Aktionen dient. Auch das Prinzip, Steuernachlässe sehr oft nur gegen die Verpflichtung zu Investitionen zu gewähren, trägt unmittelbar für die Wirtschaft seine Früchte. Nicht parteipolitischer Protektionismus, der leider kaum irgendwo gänzlich ausschaltbar ist, charakterisiert das Wiener Rathaus, sondern der Versuch einer kommunalen Organisation der Wirtschaft. Ein solcher Aufbau eines Organisationskernes aber, der letztlich nur der Wirtschaft selbst Gewinn ist, darf dieser schon etwas kosten.

Am klarsten tritt die Berechtigung des Steuersystems der Gemeinde in dem Kausalnexus von Fürsorgeabgabe und Fürsorgetätigkeit ans Licht. Das namenlose Elend, das die bestehende Wirtschaftsordnung schafft, muß irgendwie von ihr auch mitgetragen werden. Die Ueberwacher dessen sind aber naturgemäß die Träger der öffentlichen Gewalt. Kinder, die hungern, Kranke, die leiden, Arme, die untergehen, können nicht warten, bis die Wirtschaft sich wieder erholt hat. Das Minimum, das die öffentliche Gewalt überhaupt garantieren kann, muß die Wirtschaft auch in der allerschwersten Krise tragen. Darüber sollte nicht einmal eine Debatte sein.



Freigewerkschaftliche Rundschau

Der große nordfranzösische Streik

Paris, Mitte Juni 1931.

Am 1. Juli vorigen Jahres waren die Sozialversicherungen in Frankreich eingeführt worden. Anfang August brach darauf in Roubaix und Tourcoing in Nordfrankreich ein Streik von über 100 000 Arbeitern aus. Durch das Sozialversicherungsgesetz war festgelegt worden, daß sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer 4 Prozent in die Versicherungskasse zu zahlen haben. Dieses Abrechnen von 4 Prozent des Lohnes machte sich in Nordfrankreich ganz besonders unangenehm für die Arbeiter fühlbar, da hier seit Monaten keine Lohnerhöhung mehr stattgefunden hatte, während gleichzeitig der Lebensindex gestiegen war.

Damals regte das Textilkonsortium statt einer Lohnerhöhung die Auszahlung einer „Treuprämie“ an, die jeder Arbeiter erhalten sollte, wenn er ein Jahr ohne Unterbrechung, also ohne auch nur einen Tag zu streiken oder an der Maifeier teilzunehmen, in derselben Fabrik verharrte. Die Arbeiter hatten das abgelehnt, weil man nur Hunden für besondere Treue Prämien vorwirft. Das Konsortium schlug darauf eine „Anwesenheitsprämie“ vor, und man einigte sich schließlich auf eine „Anwesenheitsprämie“. Sechs Wochen hatte der Streik gedauert.

Trotzdem die Textilherren erst im September dieser Lohnerhöhung von 4 Prozent in Gestalt einer Anwesenheitsprämie zustimmten, verlangten sie plötzlich im April eine Lohnherabsetzung um 10 Prozent vom 20. April an. Infolge des Widerstandes der Textilarbeitergewerkschaft wurde das Datum vom 20. April auf den 11. Mai verlegt und dann infolge einer Intervention des französischen Arbeitsministers Landry auf den 18. Mai.

Darauf traten am 22. Mai von den dortigen 127 000 Arbeitern 124 000 in den Streik. Am 27. Mai versuchte der Arbeitsminister zu vermitteln, doch es war ganz ergebnislos. Nach einer Woche Streik konnten die Textilarbeitergewerkschaften immerhin das Resultat erzielen, daß die Arbeitgeber unter Führung des berüchtigten Herrn Desire Ley ihre Forderung einer Lohnherabsetzung von 10 Prozent, für die sich absolut keine Begründung finden ließ, auf 4 Prozent ermäßigten. Aber wiederum mußten die Textilarbeiter das ablehnen; ihnen schlossen sich die 2 500 in der Textilindustrie arbeitenden Metallarbeiter (Mechaniker, Chauffeure usw.) an. Gerade auf Grund der im August vorangegangenen Verhandlungen halten es die Arbeiter für gänzlich unangebracht, jetzt irgend einer Lohnermäßigung zuzustimmen. Schließlich hatten sie nicht im Herbst gestreikt, um jetzt erneut das vorbringen zu müssen, was sie damals bereits nach harten Kämpfen erreicht hatten.

Die Textilherren weisen auf die schwere Wirtschaftslage hin, die es ihnen nicht ermögliche, von der 4prozentigen Lohnerniedrigung Abstand zu nehmen. Sie wollen ferner durch diesen Streik eine Ermäßigung des Exportzolles durchsetzen. Sie müssen zur Zeit 3,25 Franken als Exportationstaxe zahlen, während in Belgien die Exportationstaxe nur 1,25 Franken beträgt. Das Textilkonsortium rechnet damit, jetzt eine Einheitsfront von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Ermäßigung dieser französischen Exporttaxe zu erzielen und die Arbeiter zu veranlassen, auch von sich aus der Regierung eine Erniedrigung dieser Taxe vorzuschlagen. Aber die Arbeiter lehnen das ab.

Indessen sind leider zwei Ereignisse eingetreten, die etwas geeignet sind, die Arbeiterfront zu zermürben. Der amtliche Lebensmittelindex, der 1920 auf 7,09 stand, meldet soeben für den Monat Mai nur noch 6,94. Vielleicht kann man sich dieses Sinken der Indexzahl dadurch erklären, daß diese für die gesamte nordfranzösische Region gilt, während die Preise in Roubaix und Tourcoing nach wie vor auf demselben Niveau liegen, oder auch damit, daß die Statistik nicht mit der genügenden Sorgfalt angefertigt wurde.

Einen schweren Schlag hat es der Arbeiterbewegung weiterhin versetzt, daß die 30 000 belgischen christlichen Arbeiter, die ursprünglich ebenfalls in der Streikfront standen, vor 10 Tagen die Lohnermäßigung von 4 Prozent annahmen. Für sie stellt sich das Problem allerdings anders. Diese Grenzarbeiter gaben ihr Geld in Belgien aus, wo das Leben billiger ist, und 100 französische Franken sind 140 belgische. In den Kreisen der französischen Textilarbeitergewerkschaft herrscht daher eine starke Verstimmung gegen die Gewerkschaft der belgischen christlichen Demokraten. Diese hat es immerhin nicht gewagt, trotz Annahme der Bedingungen der Arbeitgeber nun ihren Anhängern bereits die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Das klassische Mittel der Spaltung der Arbeiterbewegung hat also für die Arbeitgeber einstweilen nur einen begrenzten Erfolg gehabt. Die Textilarbeiter von Roubaix und Tourcoing, die schon einmal 1920 drei Monate lang mit Erfolg streikten, führen einstweilen den Kampf weiter.

Kurt Lenz.

Der Gewerkschaftsbund der inländischen Arbeiter Niederländisch-Indiens schließt sich dem J. G. B. an

Anläßlich des Besuches einer vom Niederländischen Gewerkschaftsbund abgeordneten Delegation hielt der 32 000 Mitglieder zählende Gewerkschaftsbund der inländischen Arbeiter Niederländisch-Indiens in Solo einen Kongreß ab, der den Anschluß an den J. G. B. beschloß.

Britischer Gewerkschaftsbund und Anti-Gewerkschaftsgesetz

In einer Konferenz der Gewerkschaftskartelle Großbritanniens gab Walter Citrine, Generalsekretär der britischen Landeszentrale, eine Erklärung über die Haltung der britischen Gewerkschaften zum Anti-Gewerkschaftsgesetz ab. „Der Generalrat des T. U. C.“, so sagte Citrine, „hält es für zweckmäßiger, eine Gelegenheit zur Wiederherstellung der Lage vor dem Jahre 1927 abzuwarten, anstatt weiter auf einen Gesetzentwurf einzugehen, der von den Gegnern der Gewerkschaften derart verstümmelt wurde, daß er für die Gewerkschaften ungünstiger ist als das von der konservativen Regierung im Jahre 1927 zur Annahme gebrachte Schandgesetz“.

Die Arbeitslosigkeit und das Defizit des deutschen Reichshaushaltes

Wenn man die schwierige Finanzlage des deutschen Reiches auf eine Formel bringen will, so heißt sie: Rückgang der Steuereinnahmen infolge der Wirtschaftskrise und gleichzeitige Erhöhung der Ausgaben für die Arbeitslosen. Der Einnahmeausfall an Steuern (Reich und Gemeinden) kann für das Rechnungsjahr 1931 mit 1¼ Millarden bemessen werden. Dazu kommen die Fehlbeträge der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der öffentlichen Wohlfahrt im Gesamtbetrage von ca. 650 Millionen, was (bei einem Durchschnitt von 4,3 Millionen Arbeitslosen) einen Gesamtfehlbetrag von 2 Milliarden ergibt.

Dr. Br. Bröcker hat vor kurzem im wissenschaftlichen Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes („Die Arbeit“) geprüft, wie zunächst einmal das Defizit der Arbeitslosenversicherung beseitigt werden könnte. Er brachte eine ev. Erhöhung des Beitrages, die Berechnung der Beiträge auf Grund des wirklichen Einkommens (anstatt nach Lohnklassen), die Abschaffung der Begrenzung der für die Beitragsleistung in Frage kommenden Einkommen (Mk. 70 per Woche für Arbeiter und Mk. 300 für Angestellte) und die Einbeziehung bisher nicht erfaßter Kategorien der Landwirtschaft in Vorschlag. Damit soll, so glaubt Bröcker, das Defizit der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden können.

In der Gewerkschafts-Zeitung (Nr. 22 vom 30. Mai) faßt Erich Rinner das Problem noch weiter: er prüft die Frage der Deckung des ganzen Defizits des Reichshaushaltes. Er schickt seinen Vorschlägen die Bemerkung voraus, daß die Lage nicht hoffnungslos sei, wenn die Dinge nicht vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien aus betrachtet werden, d. h. wenn nicht verlangt wird, daß das Defizit ohne irgendwelche Steuererhöhungen, d. h. ausschließlich durch Ausgabensenkung, gedeckt werden müsse. Er appelliert damit an das Verantwortungsbewußtsein der Gesamtheit, das auch Dr. Bröcker als oberste Voraussetzung für eine tatsächliche Sanierung bezeichnet.

Eine solche Einstellung bedingt folgende Politik: 1. Finanzsanierung ohne Sozialabbau und unter Ausschöpfung aller sonst vorhandenen Möglichkeiten. 2. Keine Beschränkung der Sanierungsmaßnahmen auf den Reichshaushalt, sondern Aufstellung eines umfassenden Sanierungsplanes für Reich, Länder und Gemeinden. Zur Verwirklichung dieser Grundsätze bieten sich drei Wege: Einnahmeerhöhung, Ausgabensenkung und Kreditmaßnahmen.

Was die Erhöhung der Einnahmen betrifft, so spricht sich Rinner für eine wirksame Heranziehung des bis jetzt im Vergleich zu den großen Massen kaum erfaßten Besitzes aus. Nebenher soll — was auch Dr. Bröcker vorschlägt — eine Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenunterstützung gehen. Die Fehlbeträge der Krisenfürsorge und der öffentlichen Wohlfahrt sollen durch Einführung einer besonderen Zwecksteuer gedeckt werden: „Wenn trotz des hohen Versicherungsbeitrages von 6½ Prozent noch einmal der Versuch gemacht werden soll, Arbeitnehmer und Arbeitgeber einer neuen Sonderbelastung zu unterwerfen, dann nur unter der Bedingung, daß die Gesamtbevölkerung und die Gesamtwirtschaft durch eine besondere Steuer zur Sicherung der Unterstützungsleistungen außerhalb der Versicherung beiträgt. Die Einführung einer solchen Zwecksteuer ist keine neue Idee. Erst vor wenigen Tagen hat der britische Gewerkschaftsbund die Erhebung einer Arbeitslosensteuer in Vorschlag gebracht (siehe Pressebericht Nr. 17 vom 12. Mai, d. R.) und für Deutschland wäre der gleiche Weg gangbar, wenn die neue Steuer eine soziale Staffelung erhält.

In bezug auf die Einschränkung der Ausgaben schlägt Bröcker insbesondere eine Kürzung der Sachausgaben im Ausmaß der eingetretenen Preissenkung und die längst überfällige Verminderung der Rüstungsausgaben vor.

Die Kreditbeschaffung, so sagt er, eröffnet zwei Möglichkeiten: „Einmal müßte durch Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern des Reiches erreicht werden, daß diese sich mit einem Verzicht auf die im vorigen Jahr beschlossene Schuldentilgung einverstanden erklären. Außerdem müßte unsere Außenpolitik zielbewußt darauf abgestellt werden, ausländisches, insbesondere französisches Kapital für Deutschland zu beschaffen, das zur Konsolidierung unserer schwebenden Schuld (2 Milliarden) verwendet werden könnte“.

Inzwischen ist die Notverordnung der deutschen Regierung bekannt geworden. Durch eine Zuckersteuer, die Erhöhung der Zölle auf Mineralöle, Erhöhung verschiedener Akzisen usw. sowie insbesondere durch eine Krisensteuer sollen Mehreinnahmen herbeigeführt sowie durch Gehaltskürzungen der Staatsbeamten und Arbeiter, Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege, Maßnahmen im Reichshaushalt usw. Ersparnisse erzielt werden.

Die Vorschriften der Notverordnung über die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge bringen den Unterstützungsabbau auf der ganzen Linie. Der ganze Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung von ca. 400 Millionen soll ausschließlich durch Leistungsabbau gedeckt werden. Jugendliche unter 21 Jahren erhalten keine Versicherungsunterstützung mehr. Für Saisonarbeiter wird die Höchstdauer der Versicherung aus der Unterstützung von 26 auf 20 Wochen verkürzt und die Unterstützung auf die Sätze der Krisenfürsorge gesenkt. Verheiratete Frauen werden der Bedürftigkeitsprüfung unterworfen. Dazu kommt eine allgemeine Senkung der Unterstützungssätze um 5 Prozent und die Verlängerung der Wartezeit um 8 Tage. Der Abbau der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge wird ergänzt durch die Verminderung der Wohlfahrtsleistungen.

Mit anderen Worten: der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrt soll insbesondere von den Unterstützten selber getragen werden, was wirtschaftlich und sozial ernste Folgen haben muß.

Interessant ist, daß die Unternehmer, bevor der genaue Text der Verordnung bekannt war, den größten Widerstand angekündigt haben. Während z. B. die britischen Unternehmer, trotzdem sie zu beträchtlichen Mehrleistungen herangezogen werden, wenigstens die Vorschläge der königlichen Kommission zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung als annehmbar bezeichneten, sehen die deutschen Unternehmer mit einem wirklich unbegreiflichen Zynismus und Fatalismus vollständig über die große Not des deutschen Volkes hinweg. Bevor sie überhaupt wußten, wie die Krisensteuer aussehen wird, jammerten sie über die „beeinträchtigte Kapitalbildung“. Sie tun es auch jetzt noch, trotzdem sie genau wissen, daß die größten Lasten dieser Steuer nicht von ihnen, sondern von den bereits hart getroffenen Lohn- und Gehaltsempfängern getragen werden wird.

Vergleicht man die Bestimmungen der Notverordnung mit den bis jetzt von gewerkschaftlicher Seite gemachten Vorschlägen, so stellt man fest, daß sie in mancher Hinsicht dazu in direktem Gegensatz stehen. Anstatt Finanzsanierung durch beträchtliche Erfassung des Besitzes und ohne Sozialabbau wird Sozialabbau und Finanzsanierung unter starker Schonung des Besitzes vorgeschlagen. Wohl wird die auch von den Gewerkschaften angeregte Zwecksteuer in der Form einer Krisensteuer eingeführt, ihre Staffelung läßt jedoch allerlei zu wünschen übrig. Die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung wird nicht in Erwägung gezogen und die Kreditbeschaffung aus dem Auslande wird direkt verneint, was wichtige Möglichkeiten zur Herbeiführung einer Gesundung der Wirtschaft ausschließt.

„Für die Sozialdemokratie“, so sagt der „Vorwärts“, „ist es eine platte Selbstverständlichkeit, daß sie den antisozialen Inhalt dieser Notverordnung nicht will, daß sie ihn bekämpft, daß sie ihn so rasch und so gründlich wie möglich beseitigen will.“



Rotkreuztag 1931

Im Reiche fand am 14. Juni ein allgemeiner Rotkreuztag statt, der den Frauen- und Männervereinen vom Roten Kreuz neue Mitglieder und Mitarbeiter zuführen soll. Die Hilfstätigkeit des Roten Kreuzes erstreckt sich völlig neutral ohne Ansehen der Person, des Standes und der Weltanschauung auf alle Gebiete gesundheitlicher, wirtschaftlicher und seelischer Not. — Einige Bilder aus der Tätigkeit des Roten Kreuzes: (oben links) ein Verunglückter einer Rauchgasexplosion wird geborgen — (unten links) Verletzten wird nach einem Unglücksfall die erste Hilfe zuteil — (rechts) die Opfer eines Bauunglücks werden geborgen.

Der Großkampf in Norwegen

Die große Aussperrung in Norwegen dauert nun schon einige Monate, ohne daß ein Ende des Kampfes abzusehen ist. Von der Aussperrung sind ungefähr 85 000 Arbeiter der verschiedenen Berufe betroffen, dazu kommen die auch in Norwegen zahlreichen Arbeitslosen, so daß der größte Teil der 137 000 Mitglieder des Gewerkschaftsbundes aus dem Produktionsleben ausgeschaltet ist. Der Kampf ist denn auch der größte und langwierigste, der jemals in Norwegen ausgetragen wurde. Aus der Tatsache, daß die Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter einen Betrag von ungefähr 1½ Millionen Kronen pro Woche erfordert und bisher über 14 Millionen Kronen an Unterstützungen ausgezahlt wurden, ersieht man, welche Belastungsprobe dieser Kampf für die norwegische Gewerkschaftsbewegung ist.

Wie bereits gemeldet, fordern die Unternehmer unter Hinweisung auf die ausländische Konkurrenz usw. eine Herabsetzung der Löhne um 10 bis 20 Prozent. Außerdem fordern sie Kürzung der Urlaubsdauer und eine kräftige Herabsetzung der Ueberstundensätze. Demgegenüber fordern die Gewerkschaften die Einführung des 7-Stundentages unter Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne und Arbeitsbedingungen. Nach Verhandlungen mit den Vertretern beider Parteien hatte der staatliche Schlichter einen Schlichtungsantrag gestellt, wonach die Löhne um 7½ bis 9 Prozent gekürzt werden sollten, dieser Antrag wurde jedoch von den Mitgliedern fast einstimmig abgelehnt. Dagegen haben die Gewerkschaften sich bereit erklärt, ähnliche Bedingungen anzunehmen wie sie neulich vom dänischen Schlichter als Grundlage für den Abschluß der allgemeinen Lohnbewegung in Dänemark formuliert wurden.

Der Kampf der norwegischen Arbeiter wird im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften Dänemarks und Schwedens geführt. So findet u. a. am 9. Juni in Oslo eine Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen der drei skandinavischen Länder zur Besprechung der Lage statt. Aehnliche Konferenzen der einzelnen Berufsverbände sind ebenfalls abgehalten worden. Auch diesmal haben sich die seit Jahren zwischen den skandinavischen Berufsverbänden bestehenden Gegenseitigkeitsverträge bestens bewährt, indem es auf diesem Wege möglich ist, einen Teil der benötigten Mittel aufzubringen; außerdem werden auch auf andere Weise Mittel zur Verfügung gestellt. Da die Stimmung und die Solidarität unter den kämpfenden Arbeitern die denkbar beste ist und Streikbrecher praktisch nicht zu verzeichnen sind, wird es den norwegischen Gewerkschaften hoffentlich gelingen, den ihnen aufgezwungenen Kampf erfolgreich zu beenden.

In ganz Europa Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung!

Nahezu gleichzeitig sind in der vergangenen Woche in den wichtigsten Ländern Europas von Regierungen und Unternehmern heftige Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung und -Fürsorge eingeleitet worden. Nachdem die Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht hat und nicht mehr länger mit entscheidenden Sanierungsmaßnahmen zugewartet werden kann, sollen die durch die kapitalistische Wirtschaft in Not und Elend gestürzten Arbeitslosen aus den Hungerpfennigen der Arbeitslosenversicherung die Mißwirtschaft des Kapitalismus decken!

Die Antwort der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft aller Länder lautet: Nein! Die gleichzeitige Ablehnung aller Verschlechterungen muß Regierungen und Unternehmer in die Unmöglichkeit versetzen, Verschlechterungen im eigenen Lande unter dem Hinweis auf Verschlechterungen in anderen Ländern durchzudrücken!

Was ein Vertreter der Arbeiterschaft im österreichischen Nationalrat bei der Unterbreitung eines neuen Schandgesetzes gegen die Sozialversicherung und insbesondere gegen die Arbeitslosenversicherung gesagt hat, soll in allen Ländern Europas ein Echo finden:

„Der Staat und die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die nicht imstande sind, den Menschen, die gerne arbeiten würden, wenn sie nur Arbeit fänden, Arbeit zu verschaffen, haben, wenn sie ihnen nicht empfehlen wollen, das irdische Jammertal zu verlassen, keine andere Wahl, als die Arbeitslosen durch die nur allzu kargen Unterstützungen über Wasser zu halten."

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Dienstag. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 16: Für die Jugend. 16,15: Schallplatten. 16,50: Vorträge. 18: Volkstümliches Sinfoniekonzert. 19: Vorträge. 20,15: Volkstümliches Konzert. 21,45: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Dienstag. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 17,25: Schallplatten. 17,35: Vortrag. 18: Volkstümliches Sinfoniekonzert. 19: Vorträge. 20,15: Volkstümliches Konzert. 21,15: Vorträge. 21,45: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.

Dienstag, 16. Juni. 6,30: Funkgymnastik. 6,45—8,30: Frühkonzert auf Schallplatten. 12,35: Wetter; anschließend: Was der Landwirt wissen muß! 15,20: Kinderfunk. 15,45: Das Buch des Tages. 16: Ballettmusik. 17,15: Zweiter landw. Preisbericht; anschließend: Fünfzehn Minuten Technik. 17,35: Flug über Alpen und Apenin. 18: Das wird Sie interessieren! 18,25: Die Welt der Gestirne. 18,50: Wettervorhersage; anschließend: Slawische Volkslieder auf Schallplatten. 19,30: Wettervorhersage; anschließend: Stunde der werktätigen Frau. 20: Volkstümliches Konzert. 21: Abendberichte. 21,10: Heimat in Schlesien. 22,10: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,20: Beim Breslauer Johannisfest. 22,45: Vom Johannisfestplatz: Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Versammlungskalender

Maschinisten und Heizer.

Lipine. Am Sonnabend, den 20. Juni, nachmittags 5 Uhr, findet in unserem Versammlungslokal bei Hecht eine wichtige Mitgliederversammlung statt.

Metallarbeiter.

Königshütte. Am Mittwoch, den 17. 6., nachm. 5 Uhr, findet im Volkshaus eine Mitgliederversammlung des D. M. V. statt. Pflicht eines jeden Kollegen ist zu erscheinen.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Montag, den 15. Juni: Gesangstunde.
Dienstag, den 16. Juni: Ernster Abend.
Mittwoch, den 17. Juni: Mädchenabend.
Donnerstag, den 18. Juni: Spiele im Freien. Rote Falken.
Freitag, den 19. Juni: Gesang und Volkstanz.
Sonnabend, den 20. Juni: „Sonnenwendfeier". Abmarsch 7 Uhr vom Volkshaus.

Koch- und Nähstuben.

Achtung, Vorstand der Arbeiterwohlfahrt und Komitee der Nähstube! Montag abend 6½ Uhr, Sitzung in der Nähstube. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Achtung, Beginn der Kochkurse! Dienstag, den 16. Juni, früh 8 Uhr. Die Teilnahmer werden ersucht sich in der Nähstube einzufinden.

Freie Sänger.

Myslowitz. Montag, den 15. Juni, abends 7 Uhr, unsere Monatsversammlung. Referent: Unserer Bundesdirigent. Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Gleichzeitig Aufnahme der neuen Mitglieder.

Emanuelssegen. (Arbeiter-Gesangverein „Uthmann".) Am Sonntag, den 21. Juni d. Js., findet vorm. um 9,30 Uhr, in der Privatschule eine außerordentliche Versammlung statt. Die Tagesordnung umfaßt 10 Punkte. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Ehrensache.

Beskidenfahrt des Maschinisten- und Heizer-Verbandes.

Wiederholten Wünschen aus Mitgliederkreisen folgend, veranstaltet auch in diesem Jahre die Bezirksleitung einen zweitägigen Ausflug nach den Beskiden und zwar auf die Szantory am 28. und 29. Juni.

Um die genaue Anzahl der Teilnehmer festzustellen, hat jeder Teilnehmer an den Ortskassierer, bis spätestens 16. Juni, 3 Zloty Anzahlung auf den Fahrpreis zu leisten, der von Kattowitz und Bismarckhütte 8 Zloty hin und zurück beträgt.

Abfahrt am 28. Juni früh 5,30 von Kattowitz, mit dem Zug nach Orzesche, Bahnsteig 2.

Freie Sportvereine.

Königshütte. (Freie Turner.) Montag, den 15. d. Mts., abends ½7 Uhr, Vorstandssitzung (Volkshaus, 3-go Maja 6). Erscheinen sämtlicher Vorstandsmitglieder erwünscht.

Freie Radfahrer Königshütte!

Programm der Ausfahrten im Monat Juni.

Sonntag, den 21 Juni: Gemeinschaftlich mit den Angehörigen, auf Rädern und Rollwagen nach Althammer. Die Teilnehmerkarten sind beim Genossen Ciupke, ulica 3-go Maja 5, zu haben und sind bis spätestens 17. Juni abzuholen. Abfahrt 6 Uhr früh vom Volkshaus.

Sonntag, den 28. Juni: Fahrt nach Bielitz auf zwei Tage. Abfahrt 4 Uhr früh.

Bei sämtlichen Ausfahrten sammeln sich die Radler im Volkshaus. Frisch-Auf!

Kattowitz. (D. S. J. P.) Montag, den 15. Juni, Vorstandssitzung um ½8 Uhr, Heimabend um 8 Uhr.

Bismarckhütte. Am Donnerstag, den 18. Juni, nachm. 6 Uhr, findet im D. M. V.-Büro ul. Krakowska 21, die fällige Ortsausschußsitzung statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Delegierten ist Pflicht.

Königshütte. Arbeitslosenversammlung der freien Gewerkschaften, der polnischen Klassenkampfgewerkschaften, der D. S. A. P. und P. P. S. Am Mittwoch, den 17. Juni, vormittags 9½ Uhr, findet im Saale des Volkshauses eine öffentliche Arbeitslosenversammlung der obenbezeichneten Organisationen statt. Referenten: Abg. Gen. Machej und Kowoll. Die Mitglieder der Klassenkampforganisationen aus der Umgegend werden hiermit freundlichst eingeladen.

Emanuelssegen. (Arbeitslosenversammlung.) Am Mittwoch, den 17. Juni d. Js., vormittags um 10 Uhr, findet im Fürstlichen Gasthaus Kukowka in der Kolonnade eine große Arbeitslosen-Kundgebung statt, zu der auch die Herren Gemeindevertreter um ihr Erscheinen gebeten werden. Referenten Wojewodschaftsrat Genosse Janta und Parteisekretär Genosse Matzke.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Dienstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, findet im Zentralhotel eine wichtige Vorstandssitzung statt. Wir ersuchen hiermit alle Vertreter der Gewerkschaft u. der einzelnen Kulturvereine, zu dieser Sitzung zu erscheinen, da wichtige Punkte zur Besprechung gelangen.

Krol. Huta. Am Mittwoch, den 17. d. Mts., um 7½ Uhr abends veranstaltet der Bund für Arbeiterbildung im Garten des Volkshauses einen Gartenabend, an welchem unter anderen der bestbekannte Gesangverein Volkschor „Vorwärts" und die „Kinderfreunde" mitwirken werden.

Sämtliche Mitglieder der Kulturvereine sowie Gewerkschaftler und Parteigenossen nebst ihren Angehörigen sind zu diesem Abend freundlichst eingeladen.

Der Eingang zum Garten findet durch das Restaurant (Niestroj) statt. Eintritt frei! Der Vorstand.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

Soeben erschien in deutscher Sprache:
Unentbehrlich für Arbeiter und Angestellte!
Das Arbeitsrecht Polens
von Dr. W. Wolff
ca. 200 Seiten Umfang
mit anhängendem, ausführlichem Sachregister
zum Preise von zł. 6.-
Das Werk umfaßt alle für Arbeitnehmer jeder Art wichtigsten Gesetze und Bestimmungen, wie Steuern, Kündigungsrecht, Urlaube, Arbeitslosenversicherung, Unterstützung, Stellenvermittlung, gesetzl. Feiertage, Ausländerverordnung, Niederlassungsrecht, Arbeitsaufsicht, Angestellten-Versicherung, Achtstundengesetz, Kranken-Versicherung, Gewerberecht, Arbeitsverträge, Reichsversicherungsordnung und -Fürsorge, Wochenhilfe u. vieles andere in übersichtlicher Form
Das Werk kann durch jede Buchhandlung sowie Gewerkschaft u. vom Verlag direkt bezogen werden
KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI UND VERLAGS-SPÓŁKA AKC., 3. MAJA 12

Das Blatt der Frau von Welt:
die neue linie
Eine Zeitschrift, die in schönster Ausstattung Richtlinien der gepflegten Lebensführung, der kultivierten Geselligkeit, des genußvollen Reisens und der modernen Häuslichkeit gibt, nicht zuletzt aber erstklassige Vorbilder für die Kleidung nach den besten Modellen der Weltmode.
Jeden Monats-Beginn neu!
Heftpreis 1.— Mark.
BEYER-VERLAG, LEIPZIG-BERLIN



Wie kann die Welt wissen
daß Du was Gutes zu verkaufen hast, wenn Du es ihr nicht anzeigst? schrieb Goethe über die Reklame. Das trifft heute mehr als je zu. Wirksame gute Reklame ist eine unbedingte Notwendigkeit der jetzigen Zeit. Es kommt dabei nicht auf kostspielige, prunkvolle Ausstattung an, sondern vor allen Dingen darauf, daß die Reklame geschmackvoll ausgeführt ist und ins Auge fällt. Dazu ist fachmännische Beratung notwendig. Wenden Sie sich an uns!
»VITA« NAKŁAD DRUKARSKI
KATOWICE, KOŚCIUSZKI 29 - TEL. 2097

Gesellschafts- und Beschäftigungs-Spiele
stets am Lager in der
Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., 3. Maja 12.



ALLER ART
LIEFERT
DIE
KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI
U. VERLAGS-SPÓŁKA AKCYJNA

